Winter 2018/2019
Nr. 74, 24. Jahrgang
Ladenpreis: 3,80€

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt



Inhaltsverzeichnis

Editorial

Liebe Leser*innen,

schön, dass es das neue grüne blatt in eure Hände geschafft hat. Fast ein Jahr ist seit der letzten Ausgabe vergangen. Denn aufgrund der Neustrukturierung des Projektes hat es diesmal wieder länger gedauert. Zusätzlich zu dieser Ausgabenpause mag vielleicht der geringere Umfang der Zeitung ungewohnt erscheinen. Dies hängt ebenso damit zusammen, dass in den letzten Monaten die Kapazitäten zunächst für die Arbeit am Konzept verwendet wurden. Auf Seite 3 wird ausführlicher auf diesen Prozess eingegangen. Was aber erwartet euch darüber hinaus an Artikeln in dieser Ausgabe? Schwerpunkt sind diesmal die Proteste gegen den Kohleabbau rund um den Hambacher Forst. Eine seit langem nicht mehr so große und aktive Bewegung hat das Land Nordrhein-Westfalen dazu gezwungen tausende Polizist*innen über Wochen einzusetzen, um die Räumung durchzusetzen. Bewiesen wurde vor allem: es gibt (noch immer) eine starke Umweltbewegung, die sich nicht einfach wegdiskutieren lässt.

Weitere Themen sind Meldungen aus dem Bereich Anti-Atom, mehrere Texte aus Gefängnissen und noch mehr Artikel und Analysen zu aktuellen Themen und Vorgängen.

Wenn ihr mehr wollt, dann schickt uns doch einfach eure Texte. Wir freuen uns immer, wenn ihr das grüne blatt mit euren Artikeln bereichert. Wir wolllen in Zukunft wieder häufiger neue Ausgaben herausgeben, dafür brauchen wir aber noch mehr aktive Mitmacher*innen ;)

In diesem Sinne wünschen wir euch ein informatives und spannendes neues grünes blatt!

Die Redaktion

Impressum

grünes blatt – Zeitung für Umweltschutz von unten

http://gruenes-blatt.de

Redaktion
grünes blatt – Redaktion
Postfach 320119
D-39040 Magdeburg
Fon: +49 3431/589 41 69
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Spendenkonto:
GLS Bank
IBAN: DE75 4306 0967 1101 7406 00
BIC: GENODEM1GLS

Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 461 14683333

Autor*innen dieser Ausgabe
Arne A., Falk Beyer (V.i.S.d.P.), Jan Kummerfeldt, Jean Trauerweide, Onno Oncken, u.a.

Redaktion
Falk Beyer, Iolanthe Kappes, Jan Kummerfeldt, Susann Baehs, Zimt

Satz und Layout
Falk Beyer, Jan Kummerfeldt, Zimt

Bildnachweis
Cover: Baumhaus cc-by-nc-2 Tim Wagner; Baggerrad cc-by-sa-2 Hambacher Forst; Rückseite: Baumhäuser cc-by-sa-4 Marcia Vitt; siehe weitere Bildangaben

Auflage: 1050 Hefte

Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden. Zu vielen der hier abgedruckten Artikel existieren ausführlichere Fassungen und / oder Referenzangaben auf der Internetseite des grünen blatts.



"Neues" grünes blatt: Prozess der Konzeptentwicklung

redaktion Wie in der letzten Ausgabe geschildert, haben sich einige Menschen, die schon vorher am grünen blatt beteiligt waren, entschieden ein neues Konzept zu entwickeln. Auch neue sind dazu gekommen. Seit Januar beschäftigt sich eine Gruppe von rund 4 Menschen kontinuierlich mit der Frage, wie es weiter geht mit dem grünen blatt. Es gab im Januar ein Auftakttreffen in Döbeln und anschließend regelmäßige Telefonkonferenzen via Internet. Im Sommer fiel die Entscheidung, eine neue Ausgabe rauszubringen, um auszuprobieren, wie es funktioniert, um dann weiter am Konzept zu arbeiten. Hier erfolgt daher ein Zwischenbericht.

Die wohl grundlegendste Änderung betrifft das grüne blatt als offenes Medium. Bei dem Treffen im Januar wurde bewusst die Entscheidung getroffen, das offene Medium als solches zu schließen. Am Aspekt der Offenheit des grünen blatts wurde schon länger nicht mehr aktiv gearbeitet. Deshalb blieben viele Einschränkungen der Offenheit de facto bestehen oder schlichen sich wieder ein. Gleichzeitig gab es ungeklärte Verbindlichkeiten und eine schlechte Kommunikation miteinander, die die Redaktionsarbeit belastet haben. Demotivation machte sich breit, Einzelne überarbeiteten sich. Letztlicher Auslöser war ein konkreter Konflikt mit einem Redaktionsmitglied, der nach mehreren Versuchen Methoden zur Klärung, die dem offenen Ansatz gerecht werden, nur weiter eskalierte und auch von der betreffenden Person keine Bereitschaft gezeigt wurde Lösungen zu finden. Aus diesem Grund gab es einen Neustart, bei dem versucht wurde zu klären, was die Beteiligten sich für die Weiterarbeit wünschen, bzw. für eine Weiterarbeit brauchen.

Das Resultat ist nun, dass es eine feste Gruppe gibt, die am Projekt grünes blatt arbeitet. Sie setzt sich aus Menschen zusammen, die gerne redaktionell und strukturell am grünen blatt arbeiten möchten und sich verbindlich aufeinander einlassen wollen. Diese Redaktion/Gruppe soll den Überblick über die Abläufe behalten, allgemeine Absprachen über das Projekt treffen und darauf achten, dass die Finanzierung sichergestellt ist. Darüber hinaus soll es für jede Ausgabe in Zukunft eine eigene Ausgabenredaktion geben, die offen für alle ist. Ganz genau ist noch nicht erarbeitet, wie diese Redaktion/Gruppe und jeweilige Ausgabenredaktionen interagieren sollen. Der jetzige Testlauf soll uns helfen in der Praxis zu verstehen, wie das laufen könnte und wo Hürden auftauchen.

Das Selbstverständnis der jetzigen Gruppe in seinem aktuellen Zustand: "Wir verstehen das grüne blatt als Teil einer unabhängigen Medienmacht von unten. Das grüne blatt ist eine Zeitschrift, die eine breite Spannweite von ökologischen und weiteren emanzipatorischen Themen behandelt und auch Platz für kontroverse Inhalte bieten möchte. Wir wollen in einer vertrauensvollen und wertschätzenden Atmosphäre arbeiten, die die (Selbst-)Reflexion fördert und das Äußern und Annehmen von sachlicher Kritik ermöglicht. Das Wohl der Menschen im Projekt und ein solidarischer Umgang miteinander sind uns dabei ebenso wichtig wie die Produktivität unserer Arbeit. Der Zugang für neue Mitwirkende soll im Projekt grünes blatt niedrigschwellig möglich sein."

Um Konflikte zu klären und zu lösen, wurde ein Verfahren für Streitfälle entwickelt. Das hat viel Zeit in Anspruch genommen, war aber notwendig, da es aus der Erfahrung der letzten zwei Jahre ein Anliegen war, eine konkrete Regelung für den Fall zu haben, dass es unterschiedliche Meinungen zur Arbeit am grünen blatt gibt, die sich nicht durch ein einfaches Gespräch oder eine Diskussion lösen lassen. Unter anderem: um zu verhindern, dass die Leute, die am durchsetzungsfähigsten sind, willkürlich ihre Position durchbringen.

Das neue Konzept sieht vor, dass jede Ausgabe mit den Beteiligten evaluiert wird, um die Weiterentwicklung des Projektes anzuregen. Dem steht ein weiterer Aspekt des Konzepts sehr nahe: Die Qualität der Inhalte. Momentan sind Überlegungen: Weniger Rezensionen und mehr aktuelle Themen in das grüne blatt einzubringen. Mehr Beteiligte dazuzuholen. Regelmäßig ein Schwerpunktthema zu setzen. Aus den eingereichten Artikeln auswählen, welche für das jeweilige grüne blatt am besten geeignet sind.

Wir wollen die Zeitschrift für euch interessanter machen. Aber auch mit euch. Der Prozess ist nicht abgeschlossen und ihr könnt euch jederzeit einbringen. Was für ein grünes blatt wollt ihr? Welche Meinung habt ihr zum laufenden Entwicklungsprozess? Schreibt uns eure Vision oder macht mit bei der Konzeptentwicklung. Wir freuen uns über Menschen, die sich beteiligen! Durch die Einsendung von Beiträgen, Mitarbeit in der festen Redaktion oder der Ausgabenredaktion, Mails an uns o.a.

Wir freuen uns übrigens über jeden Artikel und versuchen alle, die es nicht in die Printausgabe schaffen, zumindest im Wiki zu veröffentlichen.



Hambacher Wald - Zum Geleit

ik

Ihr findet in der Folge eine Reihe von Artikeln und Meldungen zu Geschehnissen und Aktionen der letzten Monate rund um den Hambacher Wald, bzw. Hambacher Forst. Die Entwicklungen im Hambacher Wald und die Räumungen dort, sowie bei einer anderen Kletteraktion werden kommentiert. Es gibt einen Aufruf, bei einer Biodiversitätsrecherche im Wald mitzuwirken. Des weiteren wird über eine Blockade und eine Soliaktion berichtet und die Kampagne Zucker im Tank stellt sich vor.

Zur Einleitung einige Eckdaten. Der Hambacher Forst gehört zu den Überresten eines 12 000 Jahre alten Waldgebietes zwischen Aachen und Köln. Der Wald gilt als ökologisch wertvoll, da er einen Lebensraum für seltene Arten bietet.
Der Energiekonzern Rheinbraun AG (heute RWE) hat diesen Teil in den 60er und 70er Jahren den umliegenden Gemeinden abgekauft und rodet ihn seit nun 40 Jahren Stück für Stück, um im Tagebau Hambach Braunkohle abzubauen. Der Tagebau als tiefe, karge Ebene breitet sich aus, der Wald wird immer kleiner.

Seit 2012 ist der Hambacher Forst von Aktivist*innen besetzt. Die besetzten Baumhäuser verzögern die Rodungen, die nur zur jährlichen Rodungssaison von Oktober bis Ende Februar genehmigt sind.
Ebenso setzen sich lokale Initiativen, bundesweite Organisationen, Kampagnen und Einzelpersonen mit unterschiedlichen Ansätzen und Aktionen für den Erhalt des Waldes und gegen den Kohleabbau ein.

RWE hatte eigentlich vor, in der laufenden Rodungssaison 2018/2019, den Großteil des verbliebenen Waldes zu roden. Bereits im September wurde die Räumung der Waldbesetzung gerichtlich angeordnet und über mehrere Wochen zog sich diese hin.
Am 05.10.18 wurde dann durch das Oberverwaltungsgericht Münster ein vorläufiger Rodungsstop ausgesprochen. Es müsse zunächst über die Klage des BUND NRW gegen den Hauptbetriebsplan 2018-2020 entschieden werden. Es sei zu prüfen, ob der Wald ein potentielles Flora-Fauna-Habitat-Gebiet sei, also die Kriterien für ein Naturschutz gebiet nach EU-Richtlinien erfülle.

Was gerichtlich entschieden wird bleibt abzu warten und es gibt weiterhin fast täglich neue Entwicklungen. Unter anderem wurden im Wald neue Baumhäuser gebaut.

Auch wurden Häuser in Manheim und in Morschenich besetzt - 2 Orte, die vom Tagebau bedroht sind. Besetzungen, beteiligte Aktivist*innen und Bündnisse sind nach wie vor einer vehementen Repression ausgesetzt. Die Hausbesetzungen wurden, bzw. werden aktuell geräumt. Dem Aktionsbündnis Ende Gelände wurde die Errichtung eines Camps massiv erschwert und aktuell wurden Aktivist*innen, die auf dem Weg zu der Aktion waren, durch die Polizei am Bahnhof Düren festgehalten.

(Stand 26.10.18)
Um die unterschiedlichen Bezeichnungen (Forst/Wald) in den Artikeln zu erklären:

Der ehemalige Waldbestand, den die Rheinbraun AG kaufte wurde eigentlich als Bürge-wald oder "Die Bürge" bezeichnet und erst durch den Konzern in Hambacher Forst umbenannt.

Es wird vermehrt die Bezeichnung Hambacher Wald gebraucht, um der Bedeutung gerecht zu werden – es handelt sich in erster Linie um natürlich entstandene Baumbestände und nicht um einen auf wirtschaftliche Nutzung angelegten Forst.

Aktuelle Infos gibt es u.a. auf: https://hambacherforst.org/

Hambacher Forst - Gedanken zur Situation

Eichhörnchen
vom 21. September 2018

Ich spiegele heute die Mitteilteilung der Menschen im Hambacher Forst, zu den Ereignissen der vergangenen Tage mit dem Tod eines Journalisten (siehe voriger Beitrag). Das Geschehen wühlt mich auf, ich habe das Bedürfnis Dinge zu äußern, das ist heute ein Versuch. Die Mitteilung aus dem Forst drückt an einigen Punkten genau das was ich denke aus. Damit meine ich die äußeren Umstände. Um Räumungen selbst erlebt zu haben, weiß ich was der psychische Druck wochenlanger Polizeibelagerung mit Lärm, Flutlicht und gefährlichen Räumungen bewirkt.
Das tut man sich nicht freiwillig an, sondern nur weil es ums Ganze geht. Um einen über Tausende von Jahren gewachsenen Mischwald, um den Kampf gegen die Braunkohle, gegen den Klimawandel.

Aber ja, es gibt Umstände die Unfälle (auch ohne direkte Fremdeinwirkung) wahrscheinlicher machen. Und wenn Menschen ständig das Klettermaterial abgenommen wird, trägt dies auch zu Gefahren bei. Ein Unfall kann auch unter normalen Umstände passieren. Klettern ist nicht ohne Risiko. Aber Autofahren auch nicht... Klettern sollte nur wer eine vollständige Ausbildung erhalten hat. Ist wie der Führerschein beim Autofahren. Mir sind schon Menschen begegnet, die ohne ausgebildet zu sein, klettern (Sowohl beim Felsklettern als auch beim Baumklettern) und Unfälle sind mir in diesem Zusammenhang auch bekannt, leider. Aber darum geht es heute gar nicht. Berichten zu Folge war der abgestützte Journalist erfahrener Kletterer.

Was zu bedenken ist, ist dass es Umstände gibt, die das Risiko eines Unfalls erhöhen. Ablenkung und Dauerstress zählen dazu. Darum versuchen wir uns bei Kletteraktionen daran zu halten, mit der Polizei unten (oder oben, wenn man sich von einer Brücke abgeseilt hat) nicht zu kommunizieren und auf das Klettern zu konzentrieren. Die Kletter*innen kommunizieren nur mit ihren Vertrauenspersonen, die sicherheitstechnisch den richtigen Zeitpunkt zu wählen wissen, um Informationen zu kommunizieren. In der Regel übernehmen Menschen, die die Ankerpunkte bewachen (Seilwache) oder am Boden unterstützen, den Kontakt. Oft will die Polizei nicht verstehen, dass indem sie diese Vertrauenspersonen festnimmt, Menschen gefährdet. Sie macht auch so tolle Kampagnen gegen Handy am Steuer, will aber nicht einsehen, dass Ablenkung beim Klettern genauso gefährlich ist.

Hinzu kommen dann die abenteuerlichen gefährlichen Räumungen an sich - Wie heute in Lorien in Hambach. Denn die Polizei lässt, entgegen ihrer öffentlichen Ankündigungen nach dem Tod des Journalisten, die Menschen leider nicht zur Ruhe kommen.

Gestern wurde eine Kletterin festgesetzt, als sie sich von ihrem Baumhaus abseilte um an der Gedenkstätte für den Verstorbenen trauern zu können. Parlamentarische Beobachter konnten ihre Ingewahrsamnahme verhindern, sie erhielt aber einen Platzverweis und ihr Klettergurt wurde beschlagnahmt.

Heute werden in Lorien Mono- und Tripods geräumt, in gewaltsamer und gefährlicher Art und Weise. (inzwischen wurde der Versuch abgebrochen, die Menschen haben sich erfolgreich dagegen gewehrt)

Angeblich geht es um Rettungswege. Aber das ist wie schon vor dem offiziellen Beginn der Räumung, es geht in Wirklichkeit um Zermürbungstaktik und Vorbereitung der Räumung der Baumhäuser, die Konstruktionen stehen diesem Vorhaben in dem Weg. Die Feuerwehr hat inzwischen erklärt, dass die Räumungen der Konstruktionen zu dem von der Polizei angegebenen Zweck nicht notwendig ist.

Die Räumung wegen angeblichem Brandschutz war behördenintern schon Ende August beschlossene Sache.

Aber anstatt zu diesem Zeitpunkt Auflagen zu erteilen, wurde den Menschen dann vergangene Woche 30 Minuten Zeit gelassen ihre Baumhäuser zu verlassen. Was sie natürlich nicht taten. Einige zeigten stattdessen ihre Feuerlöscher!

Wenn der Brandschutz ernst gemeint gewesen wäre, hätte die Polizei zahlreiche Feuerlöscher die Woche davor nicht als "Waffe" beschlagnahmt.

Wenn der Brandschutz ernst gemeint gewesen wäre, hätte die Polizei nicht ständig Kletterausrüstungen "zur



Gefahren abwehr" beschlagnahmt. Diese werden eben im Notfall selbst in einem sicheren Baumhaus benötigt, um sich abzuseilen. Die Menschen in den Bäumen haben mehrere Rettungsseile. Aber diese können nur mit entsprechender Ausrüstung genutzt werden.

Wenn der Brandschutz ernst gemeint gewesen wäre, wäre die Gefahr für jede Konstruktion Einzel begutachtet worden und Auflagen zur Erfüllung von Sicherheitsstandards erteilt worden. Räumung nur wenn dies nicht geschieht.

Landwirtschaftministerin Klöckner hat am ersten offiziellen Tag der Räumung zynischerweise die Waldtage 2018 eröffnet und einer Schülerin für ihren Beitrag bei einem Waldfotowettbewerb ein Wochenende in einem Baumhaus geschenkt!? Also geht ein Baumhaus nach Vorschrift wohl! Ich hätte gern die Baugenehmigung gesehen, was es da für Vorschriften gibt und so.

Im Hambacher Forst ging es aber um eine vorgeschobene Begründung für eine Räumung. Damit der Steuerzahler und nicht RWE für die Kosten aufkommt. Wenn Gefahr im Verzug besteht und es offiziell nicht mit den Rodungen zu tun hat, muss RWE ja nicht zahlen.

Einige Menschen haben nach dem tödlichen Sturz des Journalisten gesagt, die Räumung erfolge zurecht, es zeige doch, dass Gefahr drohe. Interessant, dass plötzlich nach sechs Jahren und einem extrem trockenen Sommer "Gefahr im Verzug" herrscht, ausgerechnet wenn der Regen wieder kommt. Ich kann nicht sagen, dass der Hambacher Wald nicht abbrennen kann. Ein alter Mischwald ist allerdings viel besser geschützt als ein aus Monokultur bestehender Forst, wie der Wald, der in Brandenburg diesen Sommer lange gebrannt hat.

Kleiner Seitenhieb: Brandgefährlich sind die Übungen der Bundeswehr. Seit Wochen brennt es bei Meppen. Ich bin dafür die Bundeswehr umgehend stillzulegen. Es besteht Gefahr im Verzug wenn die Uni(n)formierten nicht kapieren, dass man in ein trockenes Moor keine Raketen rein ballern darf, insbesondere nicht wenn die Löschanlagen nicht zur Verfügung stehen. Das Interview hier ist entlarvend. Aber gut, der Staat darf mit dem Feuer spielen. Nebenbei ist die Umweltbelastung ganz schön beträchtlich: Der Naturschutzbund (NABU) Emsland rechnet mit 500.000 bis 900.000 Tonnen Kohlenstoffdioxid, die bislang in die Luft gelangt sind. Diese Menge würden 50.000 Bundesbürger im Schnitt pro Jahr verursachen.

Im Fall Hambach ist anzumerken, dass der Unfall erstmal mit Brand nicht zu tun hatte. Brandgefährlich ist viel mehr der Einsatz im Wald. Ein Brand kann durch Fahrzeuge ausgelöst werden, die Polizisten und RWE-Mitarbeitern wurden bei den Einsätzen häufig mit Zigarette im Mund beobachtet. Am Dienstag steckte die Polizei eine Wiese selbst in Brand, um diese dann mit ihrem Wasserwerfer zu löschen.

Und was "Baumängel" angeht: Selbst in einer bürgerlichen Behausung können Unfälle passieren. Die dritte Dimension hat ihre eigenen Regeln. An der Schwerkraft kommt niemand vorbei. Als Kletteraktivistin gilt für mich: Auf Plattformen immer gesichert bleiben, auf Hängebrücken auch. In meiner Hängematte übernachte ich auch gesichert. Ich kenne einen Fall indem passiert ist, dass die Hängematte gerissen ist. War unangenehm mitten


libertad-media.de


libertad-media.de

in der Nacht plötzlich in der Sicherung zu hängen. Aber eben die Sicherung hat ihre Rolle erfüllt und es wäre absurd, die Hängematte-Firma zu verklagen, weil eine gerissen ist.

Bei einer Hängebrücke weiß ich, dass da ohne Sicherung an den Seilen ein Risiko besteht. Es muss kein Brett brechen, ich kann durch Schaukelbewegungen das Gleichgewicht verlieren. Dieses Risiko reicht für mich aus, dass ich sage: immer schön gesichert bleiben. Ich weiß nicht weshalb es am Mittwoch anders gekommen ist. Ob der Mensch ungesichert war, oder dabei war sich (um) zu sichern, ob Material versagt hat.... das weiß ich nicht. Ich war nicht vor Ort.

Und ich weiß, dass ich mich selbst nicht immer 100% an Sicherheitsstandart halte. Sei es weil Material fehlt (z.B. durch Polizei beschlagnahmt, oder wenn ich dieses Risiko nicht eingehen will, dann nehme ich mal weniger Material mit als eigentlich notwendig wäre), sei es weil es irgendwie bequemer ohne aufwändiges Sicherheitsprotokoll ist. Auch weiß ich von mir, dass es mir mehr als ein mal passiert ist, einfach Fehler zu machen. Falsche Schlaufe beim Umsichern am Gurt erwischen zum Beispiel. Nicht überprüfen ob ein Knoten greift beim Abseilen. Diese Überprüfung ist A und O vom sicheren klettern (BOB: Binden Ordnen Belasten bevor Mensch sich umsichert), aber Unaufmerksamkeit, ja passiert Jedem, würde ich behaupten. Gut ist es nicht, ist aber eine Realität.

Oder früher beim Bergsteigen, da gab es häufig Umstände, die eine Sicherung nach Vorschrift (welche auch immer) unmöglich machten. Oder was mache ich, wenn im Kletterführer steht, Mensch brauche ein 50 Meter Zwillingsseil, ein Steinschlag mein Seil aber durchtrennt hat? Dann muss ich mich eben mit der Situation arrangieren. Wichtig ist es das Risiko zu kennen, einschätzen zu können und wenn es eingegangen wird, dass dies bewusst geschieht, dass man weiß was Sache ist. Es gibt viele Sportarten oder Aktivitäten, die man als gefährlich ansehen könnte. Muss man sie deshalb untersagen? Ich mag die Herausforderungen des Bergsteigens, des Kletterns. Ich wende gern unkonventionelle Techniken an. Aber ich überlege es mir immer genau. Ein guter Kletterer klettert nicht nach Lehrbuch, sondern weiß seine Sicherheit einzuschätzen und ist flexibel bei unvorher-gesehenen Ereignissen.

Was nicht geht ist, wenn durch Fremdeinwirkungen bewusst Gefahren erhöht werden.

Und im Hambi wurden solche Gefahren ausgerechnet unter dem Vorwand der Gefahrenabwehr geschaffen! Einige Vorfälle wurden dokumentiert. Ich mache mir schon seit Tagen Sorgen und denke, dass es Glücksache ist, dass es bei den Räumungen selbst irgendwie gut gegangen ist. Menschen wurden durch Polizeigewalt verletzt (Armbruch zum Beispiel) und ständig gefährdet. Ihnen wurde durch Flutlicht und wahlweise Kettensäge- oder Affengeräusche aus Lautsprechern von Polizeifahrzeugen der Schlaf geraubt.

Wer vom Klettern Ahnung hat, braucht sich nur die Bilder anzugucken, um zu sehen, wie fahrlässig - oder gar kriminell? - der Einsatz in manchen Fällen ist. Und dies nicht nur bei den Kletteraktivist*innen. Die eine Tunnelräumung war auch sehr gefährlich, weil die Polizei zum Beispiel die Stromversorgung der Sauerstoffpumpe kappte, um dann die Feuerwehr zu rufen, die einen lebensgefährlichen CO2-Gehalt feststellte und in aller Not eine Ersatzversorgung errichten musste.

Nach dem Motto, wir bringen dein Leben in Gefahr bis du mit uns kooperierst und freiwillig raus kommst.

Weiteres aktuelles Beispiel:

Unsere Räumung bei der Moseltalbrücke bei der Uranzug-blockade am 1. September war auch gefährlich. Die Feuerwehr war zur Amtshilfe nicht verpflichtet, weil es kein Notfall war. Die Freiwillige Feuerwehr hat sich geweigert zu räumen. Die Berufsfeuerwehr hat es


libertad-media.de


libertad-media.de

übernommen. Sie darf (muss nicht) Amtshilfe leisten, aber sie darf wenn es kein Notfall ist, keine Situation schaffen, die Gefahren bringt. Und genau das hat sie durch ihre unfachgerechte Räumung getan. Sie hat versucht, uns von der 140 Meter hohen Brücke hoch zu ziehen, hat uns dann abgelassen, damit wir mit der Drehleiter herunter geholt werden. Sie hat dabei keinen Kantenschutz bei den Sicherungsseilen an der Brückenkante genutzt, obwohl jede*r Kletterer*in weiß, dass es das A und O von Sicherheit ist.

Wir haben unsere Seile wieder bekommen, sie sind an der Stelle wo die Feuerwehr gezogen hat beschädigt. Daran hing unser Leben in 20 Meter Höhe und drunter war Schiene und Asphalt, kein Waldboden! Auf dem Bild ist die Farbe der Brücke, die durch die Reibung ohne Schutz auf die Seile übergegangen ist. Wir haben lautstark Kantenschutz eingefordert. Irgendwann haben sie immerhin aufgehört uns hoch und runter zu ziehen. Die haben beschlossen uns mit einer Seilverlängerung nach unten abzuseilen.

Die Drehleiter wurde dann bewegt und gedreht obwohl eine Aktivistin sich auf dem Arm der Leiter befand. Das ist mindesten vorschrifts-widrig. Unsere Seile wurden von oben gelockert, verfingen und verkeilten sich in der sich drehenden Leiter. Dabei wurde unsere Sicherung vorab überhaupt nicht begutachtet. Es führte dazu, dass ich plötzlich am Banner hing, dass kein Seil hatte, das für das tragen von Personen zugelassen ist. Ich habe mich ständig umsichern müssen, um nicht die Gefahr zu laufen abzustürzen.

Als ich bereits am Boden war, stand meine Kletterpartnerin noch auf dem Arm der Leiter in ca. 4 Meter Höhe. Quasi ohne Sicherung, da die Feuerwehr ca. 130 Meter höher an der Autobahnbrücke ihr Seil gelockert und verlängert hatte. Sie hatte also sehr viel Schlappseil. In diesem Moment hat ein Polizist - offensichtlich ohne Absprache mit der Feuerwehr - das untere Seilende gezogen. Die Kletterin ist abgestützt. Sie hat den Boden etwas gefedert erreicht, da das gelockerte Seil auf Spannung ging . Es war Zufall, dass das Seil sie noch etwas fangen konnte. Und eigentlich sind 4 Meter Sturz in einem Statikseil NOGO!!! Es hat nur deshalb gefedert, weil ein über 130 Meter langes Seil wegen ihrer Länge, doch recht elastisch ist. Meine Kletterpartnerin wurde nicht verletzt, weil sie sich beim Aufprall (auch etwas gefedert war dies ein Aufprall) mit den Beinen abstützte. Ich wurde dabei am fotografieren gehindert.
Der Einsatzleiter dazu gegenüber eines Demonstranten: "Ich habe nichts gesehen". Meine Kletterpartnerin ist zum Glück ganz fit. Ich hätte in dieser Situation keine Chance gehabt, einen Unfall zu vermeiden, ich hätte sehr wahrscheinlich Verletzungen davon getragen, da ich mich auf meine Beine kaum stützen kann, wegen meiner rheumatischen Grunderkrankung.

Ich hätte viele weiteren Beispiele von abenteuerlichen Räumungsaktionen durch Polizei und Feuerwehr. Spezialist für Gefährdung sind in der Regel die vermummten SEK-Kletterer, einer ist in Kelsterbach bei der Räumung einer Besetzung gegen den Flughafenausbau von Frapport im Rodungsgebiet vor meinen Augen 6 Meter an einem Stamm unkontrolliert herunter gebrettert, weil er nicht ordentlich tapen konnte (wo hat er denn klettern gelernt...?!), geräumt wurde ich schließlich mit einer Hebebühne, siehe Bild. Oder vergangenes Jahr als SEK-Beamten bei einer Protestaktion gegen die Bundeswehr mein Seil mit dem Messer durchtrennen wollten. Ich war am Gurt des SEK-Beamten mit einer einfachen Hexe (2 Karabiner, die mit kurzer Schlinge verbunden sind) aus dem Sportklettern, ohne Schraubkarabiner, gesichert. Und ich hing höher als der



libertad-media.de



Beamte. Der Sturz auf seinen Gurt beim Durchschneiden hätte uns beide verletzt. Ich konnte ihn davon abbringen mit dem Argument ein Unfall vor laufenden Kameras würde ja nicht gut aussehen, SEKler würden sich ja immer als "die Profis" darstellen wollen.. und der Sturz würde ihn ja auch verletzen und zwar an einer unangenehmen Stelle zwischen den Beinen...

zurück zu Hambach In einer Pressekonferenz haben die Aktivist*innen im Hambacher Wald erklärt, ihren Kampf fortzuführen, das sei auch im Sinne des Verstorbenen. Das finde ich richtig, so schwer es fällt das Geschehen zu verarbeiten. Schließlich geht es ums Ganze. Wenn wir das Klima nicht schützen, gibt es noch mehr Tote. Nur dass die Toten, die RWE und co. auf dem Gewissen haben, nicht sofort sichtbar und unspektakulär sind. Umweltverschmutzung tötet langsam.

Weil ich oft gefragt werde: Nein ich bin aktuell nicht im Hambacher Wald, verfolge aber was da passiert und engagiere mich dezentral. Ich muss mich gerade um mich, also um meine Gesundheit kümmern (Rheumaschub pp.).

Und a propos Gesundheit: Im Hambacher Wald habe ich es nie länger als eine Woche in einem Baum an der Tagebaukante ausgehalten. Der Kohlestaub macht mich spätestens nach 3 Tagen fertig gemacht, ich hustete nur noch. Ich komme damit überhaupt nicht klar, ich könnte nicht in einem Dorf in der Nähe leben. Daher kann ich mir das Leid der Bevölkerung sehr gut vorstellen. Und dann die ganzen Auswirkungen von Klimawan-del und Co. die uns alle betreffen.

Der Widerstand muss weiter gehen. Es geht nicht anders. Und Hochachtung für die widerständigen Menschen, die es so lange aushalten!

Hambacher Forst
Ein unersetzliches Ökosystem wird zerstört

Radix - kritisches Biodiversitäts-Recherchekollektiv

Was gerade unwiederbringlich zerstört wird

Mit der Rodung des Hambacher Waldes für den Abbau klimaschädlicher Braunkohle durch den Energiekonzern RWE wird nicht einfach 'irgendein' Wald abgeholzt. Es verschwindet ein Wald mit uralter Geschichte, der seit der letzten Eiszeit vor 12.000 Jahren existiert. Duch den Tagebau wird ein Wald zerstört, der als Maiglöckchen-Stieleichen-Hainbuchenwald zu einem der besonders schützenswerten Lebensraumtypen der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie zählt.

Der Hambacher Forst stellt eine der größten, zusammenhängenden Vorkommen dieses Waldtyps in Europa dar und ist das Zuhause vieler Pflanzen- und Tierarten. Nicht nur bedrohte und geschützte Säugetiere, Vögel und Amphibien verlieren durch die Zerstörung des Waldes ihren Lebensraum auch seltene Insekten- und Pflanzenarten sind auf den Erhalt dieses Waldes angewiesen. Während es zumindest eine Recherche des BUND zu geschützten Säugetier-, Vogel- und Amphibienarten gibt, wurde bisher keine, öffentlich bekannt gemachte, Recherche zu Insekten- und Pflanzenarten durchgeführt. Obwohl RWE angeblich versucht einige der geschützten Tierarten umzusiedeln, ist es zum einen unmöglich alle bedrohten Tierarten, wie z.B. Schmetterlinge umzusiedeln. Zum anderen können die diversen Lebensräume, die ein solch alter Wald bietet, nicht ersetzt oder künstlich hergestellt werden. Das bedeutet mit der Zerstörung des Hambacher Waldes geht ein Stück artenreicher und besonders schützenswerter Natur unwiederbringlich verloren.

Unser Ziel

Der Kampf um die Erhaltung des Hambacher Waldes steht für Vieles. Unter anderem für das Ende von fossilen Energieträgern, für eine wirkliche Energiewende, für das entschlossene Kämpfen gegen kapitalistische Ausbeutung und Zwänge und für einen Systemwandel. Aber der Hambacher Wald steht auch für sich selbst. Er alleine ist, trotz jahrzentelanger Rodung, Grundwasserabsenkung durch Abpumpen, Lärm- und Lichtverschmutzung, sowie massive Feinstaubbelastung in seiner Artenvielfalt schon Grund genug erhalten zu werden und den Tagebau zu beenden. Durch unsere Recherchen möchten wir in Form von Texten und Bildern die Aufmerksamkeit nochmal auf die schützenswerte Biodiversität dieses Waldes lenken. Wir möchten seine Schönheit und Vielfalt zeigen und bewusst machen, was gerade unwiederbringlich zerstört wird.

Macht mit!

Momentan sind wir noch am Sammeln von Daten und Bildern und bitten euch daher uns eure Infos, Texte und Bilder (wenn möglich mit Quelle, Aufnahmeort oder Verweis) zu Tier- und Pflanzenarten oder dem Lebensraum im Hambacher Wald zukommen zu lassen um unsere Recherche zu ergänzen.

Ihr erreicht uns unter:
radix-recherche@riseup.net, schreibt wenn möglich verschlüsselt.

Unseren Key findet ihr online oder bekommt ihn auf Anfrage zugeschickt. Wir freuen uns auf Eure Hinweise!

Leben retten - Kohleausstieg jetzt!

Hambacher Forst - Soliaktion in Döbeln

anonyma Am 19.September 2018 ist im Hambacher Forst ein Mensch gestorben. Die Folge einer Politik, die das Sterben von Menschen in ihr Konzept mit einplant – sei es im Mittelmeer oder eben für den Abbau von Kohle. Ein Mensch, der nicht an Alter oder einer langen Krankheit gestorben ist, sondern während eines Bulleneinsatzes wegen einer Waldrodung.

Ein Mensch, der für seine Ideale gebrannt hat. Das erzeugt bei uns Gefühle von Angst und Wut. Wut, soviel davon, dass sie der Trauer oft keinen Raum geben kann. Wir sind wütend darüber, dass die Polizei zwar die Räumung pausiert, aber weiter mit Schäferhundstaffeln über den Hambacher Wald wachen. Wir haben Angst, dass noch mehr Menschen bei einer Fortsetzung der Räumung sterben könnten.

Auch wenn ein Unfall die direkte Ursache für den Tod war, ist der Druck der Räumung mitverantwortlich für diesen Unfall. In all den Jahren der Besetzung ist es vorher zu keinem tödlichen, schweren Unfall gekommen. Die Landesregierung von NRW weiß, dass sie mit der Räumung das Leben der Menschen dort riskiert. Sie ist dazu genauso bereit, wie dazu, das Leben unzähliger durch die Folgen des Klimawandels weiter zu riskieren. Und das alles nur für den Profit weniger.

Deshalb gab es auch aus Döbeln, einer kleinen Stadt in Sachsen, eine kleine Soliaktion unter dem Motto: "Leben Retten – Kohleabbau stoppen! Systemwandel statt Klimawandel!"

Mehr Infos aus dem Hambacher Forst:

https://hambacherforst.org/blog/2018/09/20/presseerklaerung-20-09-18-tragischer-todesfall-im-hambacher-forst/

Erstveröffentlichung: 21. September 2018 auf Indymedia

Ein Beispiel für viele Soliaktionen.



Blockade des RWE-Kraftwerks „Niederaußem“

in Solidarität mit den Menschen im Hambacher Forst

Aktionskollektiv „niederAUSmachen“ „Kohleausstieg ist Handarbeit.“
Parallel zur Räumung der Baumhäuser im Hambacher Forst, dem Symbol des europäischen Braunkohlewiderstands, wird die Leistung des Kohlekraftwerks Niederaußem durch eine Blockade auf 21% gedrosselt.

Mehr als 20 Aktivist*innen schlos sen sich am 15.09.2018 zur Ak-tionsgruppe „niederAUSmachen“ zusammen, um in Solidarität mit den Bewohner*innen des Hambacher Forsts den Betriebsablauf des Braunkohlekraftwerks Niederaußem empfindlich zu stören. In den Morgenstunden gegen 6:45 Uhr starteten die Aktivist*innen ihre Blockaden an drei verschiedenen Stellen im Bereich der Kohlebunker.

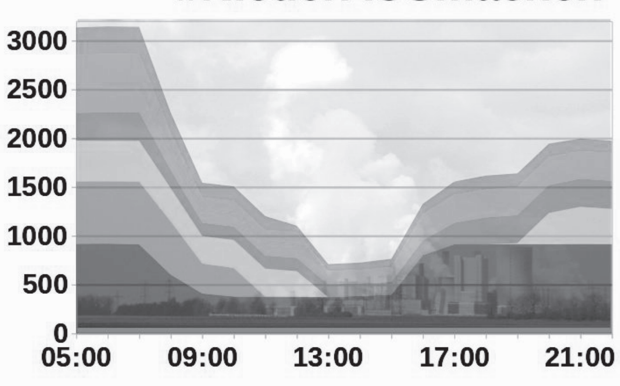
Die Ansage ist eindeutig: „Unsere Aktion steht in Solidarität mit dem Kampf um den Hambacher Forst und mit allem, für was er steht. Seit Jahren ist er ein Kristallisationspunkt der Klimagerechtig-keitsbewegung und ein Ort des Widerstands gegen das bestehende, auf Herrschaft und Ausbeutung ba-sierende, System.

RWE, die Polizei und die Landesre-gierung glauben vielleicht, dass eine Räumung den Widerstand schwächen wird. Aber ganz im Gegenteil: Wenn der Wald, von unter der Erde bis zu den Baumhäusern, geräumt wird, kommen wir nur umso entschlossener wieder – auf der Straße, auf Bäumen, auf Baggern. Klimakiller wie dieses Kraftwerk sind angreifbar! Und wir sagen: Für jeden Baum eine Mega-Wattstunde!“, so Myriam, eine Aktivistin aus der Aktion heraus.

Seit Jahren formiert sich breiter Widerstand gegen die Abbaggerung und Verstromung von Braunkohle im Rheinischen Revier. Zuletzt haben sich auch Gewerkschaften und Kirchen für einen Räumungs- und Rodungsstopp ausgesprochen. „Für die Profit-interessen eines einzelnen Konzerns setzt der Staat im Hambacher Forst gewaltvoll eine Räumung durch und damit auch die Rodung einiger Bäume.

Er zeigt damit einmal mehr, dass er nicht die richtige Antwort auf die Interessen von Lebewesen und Klima hat“, heißt es in der Pressemitteilung zur Aktion.

Durch die Besetzung von drei Baggern und der Förderbandanlage, welche die Braunkohle direkt in die Kraftwerks-blöcke befördert, wurde der Kraftwerks-betrieb über sieben Stunden so effektiv blockiert, dass die Kraftwerksleistung um 79% reduziert wurde. Drei der sieben Kraftwerksblöcke wurden komplett heruntergefahren.



Drei Bagger am kleinen Kohlebunker in unmittelbarer Nähe der Anlage wurden von kletternden Aktivist*innen besetzt und somit außer Betrieb genommen. Dort schaufelten zeitweise RWE-Mitarbeitende von Hand Braunkohle auf das Förderband, welches von den Baggern nicht länger bedient werden konnte. Ein skurriles Bild vom verzweifelten Versuch, das Kraftwerk „am Leben“ zu erhalten.

An zwei weiteren Stellen im Bereich der großen Kohle-bunker wurden die Kohleförderbänder durch sogenannte Lock-ons und einen Tripod blockiert und standen somit ebenfalls für mehrere Stunden still. Lock-ons sind Vor-richtungen, mit deren Hilfe sich Personen an den zu blockierenden Strukturen fest-ketten. Das Tripod ist ein ca. 5 Meter hohes Dreibein, in dessen oberem Bereich sich eine oder mehrere Personen befinden, was eine Räumung erschwert. Ein Aktivist berichtet, dass Werksfeuer-wehr und Polizei die Fragezeichen augenschein-lich ins Ge-sicht geschrieben standen.

Die Blockierer*innen lösten durch ihre Aktion einen Großeinsatz der Polizei aus, die mit einer Vielzahl soge-nannter Tech-nischer Einheiten und Klettereinheiten anwesend war. „Wenn die Technischen Einheiten der Polizei hier räumen, ziehen wir sie von anderen Orten, wie dem Hambacher Forst, ab. Das war auch unser Ziel“, so die Aktivistin Shirin Ploen.

Zu einer lebensgefähr-lichen Situation kam es, als Polizeikräfte versuchten, das Tripod mit der noch dort verankerten Person hoch zu heben. „Das ist lebens-gefährlich. Bei Tripods muss auf jeden

Fall mit einer Hebebühne oder ähnlichem geräumt werden, um die Beteiligten nicht zu gefährden.“ Ausgerechnet hier wurde auf den Einsatz der anwesenden Technischen Einheiten verzichtet.

Während politische Bemühungen um eine Begrenzung des Klimawandels bislang fruchtlos bleiben, zeigte 2015 eine Analyse der britischen Klimaschutzorganisation Sandsack auf Basis der offiziellen europäischen Emissionsdaten deutlich auf, wie groß der deutsche Einfluss auf das Klima ist. Vier der fünf Kraftwerke in Europa mit dem höchsten CO2-Ausstoß stehen auf deutschem Boden. Drei davon, die Kraftwerke Niederaußem, Neurath und Weisweiler, werden von RWE betrieben.

Das Kraftwerk Niederaußem hat eine Leistung von 3.396 MW und stößt 27,3 Millionen Tonnen CO2 jährlich aus. Es wird mit Kohle aus den Tagebauen Hambach und Garzweiler befeuert. Der Preis für den Betrieb solcher gigantischen Emissionsquellen ist hoch: Sie tragen sowohl zur Zerstörung von Landschaften vor Ort, als auch zur globalen Erwärmung bei. „Dieses Kraftwerk steht ganz real für die tödlichen Auswirkungen von Kapitalismus und Kolonialismus hier und weltweit.

Es ist Teil der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Das wollen wir mit unserer Aktion stoppen und nicht an die Regierenden appellieren, die gerade mit der Kohlekommission versuchen, einen Konflikt zu befrieden, der erst zu Ende ist, wenn es global ein gutes Leben für alle gibt. Niederaußem muss sofort abgeschaltet werden – das haben wir heute selbst in die Hand genommen“, erklärt die Aktivistin Myriam weiter.

HAMBACHER FORST BLEIBT!

Nach der Räumung wurden alle Aktivist*innen zur Gefangenensammelstelle (GeSa) in Aachen gefahren. Schikanen und Gewalt seitens der Polizist*innen, bereits beim Transport als auch beim Aufenthalt in der GeSa, sind allen Gefangenen widerfahren.

Wenngleich 24 Stunden nach der Räumung auch die letzte gefangene Person wieder auf freiem Fuß war, wird das Engagement für den Klimawandel mit einem juristischen Nachspiel belohnt werden.

Und dennoch werden sich Menschen nicht davon abhalten lassen, selbstbestimmt für Klimagerechtigkeit einzustehen – ob lokal im Rheinischen Braun-kohlerevier oder weltweit.

Auszug aus der Pressemitteilung des Oberverwaltungsgericht

Das Oberverwaltungsgericht hat mit Eilbeschluss vom heutigen Tag entschieden, dass die RWE Power AG den Hambacher Forst nicht roden darf, bis über die Klage des BUND NRW gegen den Hauptbetriebsplan 2018 bis 2020 für den Braunkohletagebau Hambach entschieden ist. Im Übrigen darf die RWE Power AG im Tagebau Hambach weiter Braunkohle fördern, solange sie nicht die bewaldeten Flächen des Hambacher Forsts in Anspruch nimmt.

(...) Zur Begründung seiner Entscheidung hat der 11. Senat ausgeführt: Der Ausgang des Klageverfahrens, in dem die Rechtmäßigkeit des Hauptbetriebsplans und damit auch die darin zugelassene Rodung des Hambacher Forsts zu prüfen ist, sei offen. Es müsse geklärt werden, ob der Hambacher Forst, obwohl er der EU-Kommission bisher nicht nach der Flora-Fauna-Habitat-(FFH-)Richtlinie als Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung gemeldet worden sei, wegen der Vorkommen der Bechsteinfleder-maus oder des großen Mausohrs oder des Lebensraumtyps des dortigen Waldes dem Schutzregime für "potentielle FFH-Gebiete" unterfalle.

(...) Mit der sofortigen Ausnutzung des Hauptbetriebsplans unter Inanspruchnahme der bewaldeten Flächen des Hambacher Forsts würden vollendete, nicht rückgängig zu machende Tatsachen geschaffen und dem BUND NRW der Rechtsschutz im Hauptsacheverfahren abgeschnitten. Die Bezirksregierung Arnsberg und die RWE Power AG hätten auch weder substantiiert dargetan noch durch entsprechende Unterlagen belegt, dass die sofortige Rodung zur Abwehr einer schwerwiegenden konkreten Gefahr oder als unaufschiebbare Maßnahme im Interesse des Gemeinwohls notwendig sei, weil anderenfalls die Energieversorgung bundes- oder landesweit nicht mehr gewährleistet wäre. Daher sei es nicht gerechtfertigt, durch die Rodung des Hambacher Forsts vollendete Tatsachen zu schaffen, die zudem die unionsrechtlich geschützten Gemeinwohlbelange des Gebiets- und Artenschutzes irreversibel beeinträchtigen könnten.

Der Beschluss ist unanfechtbar.

Aktenzeichen: 11 B 1129/18 (I. Instanz: VG Köln 14 L 1440/18)

Ein Kommentar zu den Entwicklungen im Hambacher

Eichhörnchen vom 8. Oktober 2018

Vor einer Woche sah es düster aus, im Hambacher Wald. Die Polizei verkündete das Ende der Räumung der Baumhäusern – auch wenn nachweislich einige Unbeugsamen Bäume besetzt hielten. Menschen wurde selbst aus den Bäumen heruntergeholt, als sie in Hängematten – die nachweislich keine baulichen Anlagen sind – ausharrten. War der Brandschutz vorgeschobenes Argument? Ach nein... sowas kommt von der NRW(E) Landesregierung doch nicht. RWE fing an, einen Graben um den Wald zu errichten, um sich bei Rodungsarbeiten vom Protest abschotten zu können. Waldspaziergänger*innen wurden durch entfesselten gewalttätigen prügelnden Security im Auftrag von RWE zusammengeschlagen (1 Beispiel). Am Donnerstag wurde die für das Wochenende angekündigte Großdemonstration durch die Polizei untersagt. Am Freitag ging es dann Schlag auf Schlag in eine andere Richtung.

Das Oberverwaltungsgericht verhängte einen Rodungsstopp und gab dem Eilantrag des BUND in der Berufungsinstanz statt. Der Rodungsstopp gilt bis zur Entscheidung in der Hauptsache. Es geht um eine mögliche Einstufung des Hambacher als Schutzgebiet nach Eu-Richtlinie und darum dass RWE nicht beweisen konnte, die Versorgungssicherheit des Landes sei bei Untersagung der Förderung der Kohle unter dem Hambacher Wald gefährdet. Das Demonstrationsverbot wurde vor dem Verwaltungsgericht gekippt. 50 000 Menschen versammelten sich bei Buir, um für den Erhalt des Hambacher Waldes und gegen die Kohlekraft zu demonstrieren. Großartig! Zahlreiche Menschen eroberten den Wald zurück. Es braucht schließlich Zeit um schöne nachhaltige Baumhäuser zu bauen. Sollte das Rodungsverbot in ca. 2 Jahren gekippt werden (Vor Gericht wie auf hoher See...), wollen die Aktivist*innen bereit sein.

Währenddessen wurde ein Kohlebagger der RWE für einige Stunden durch die Anwesenheit von zahlreichen Menschen stillgeleget. Dies voraussichtlich nicht zum letzten mal, denn die Kohleforderung und die Umsiedlungen von Menschen gehen selbst ohne Abholzung des Hambacher Waldes leider weiter, auch wenn der Rodungsstopp für NRWE (Landesregierung NRW und RWE) eine teure Schlappe ist. Ende November ruft Ende Gelände zum zivilen Ungehorsam auf.

Mit einem Sonderzug geht's zum Protest ins rheinischen Kohlerevier. „Kein Gott, kein Staat, kein Schaufelbagger" las ich heute. Finde ich gut. Kaum wird die Rodung abgesagt, zieht sich die Polizei offiziellen Ankündigungen zur Folge zurück. Ich habe nichts dagegen. Aber war der „Bandschutz" nicht doch vorgeschoben, um die Kosten einer Räumung auf die Allgemeinheit abzuwälzen? Es scheint so zu sein, dass mehr als für eine Handlung wegen Brandschutz geräumt wurde. Die Baumhäuser durften geräumt werden. Die zerstörung war nicht notwendig (so das Gericht). Bei einer Räumung mit dem offiziellen Zweck, die Rodungen zu ermög-lichen wäre RWE möglicherweise zur Kasse gebeten worden.

Zum Gegenstand von Berichtserstattung wurde am Freitag der Fall der RWE Aktie an der Börse. Das ist eine nette Entwicklung. Konzerne wie RWE verstehen schein-bar kaum eine andere Sprache als die des Geldes und des Profits. Welchen Stellungswert diese Information bekommt, macht zugleich nachdenklich. Ich fühle mich an unsere Blockupy-Aktion von 2015 erinnert. An unsere Kritik einer Gesellschaft wo Profit über Menschen herrscht.

Der Börsenwert eines Unter-nehmens ist wichtiger als die Umwelt und die Menschen. „Wie reagiert die Börse, wenn der Mensch ausstirbt!?" stand auf unserem Transparent. Die RWE-Führung dürfte so ähnlich absurd und menschenverachtend denken.

Der Bannerspruch kommt mir aktueller denn je vor.






Themenrubrik Energie
Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 01.02.2019

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Quellenangaben und weiterführende Links zu den Artikeln befinden sich auf der Internetseite des grünen blatts.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Indien: Kampf gegen Atomkraft in Chutka

NukeNews Die widerständigen, mutigen Bewohner von Chutka, Indien, die unermüdlich gegen ein Atomprojekt in ihrer Nähe kämpfen, das sie wie schon die Bargi-Talsperre an der Narmada vertreiben und in Gefahr bringen würde, organisierten am 12. Dezember 2017 einen großen Protest. Er stellte den Höhepunkt der zweimonatigen basisdemokratischen Kampagne dar, mit der sie am 2. Oktober begonnen hatten. Mehr Details zu dieser Kampagne gibt es im verlinkten Artikel.

Ihr könnt gern die Solidaritätserklärung zu diesem Artikel weiterverbreiten und andere bitten, in einer E-Mail an "editor AT dianuke PUNKT org" ihre Unterstützung zum Ausdruck zu bringen. Ihr könnt auf der verlinkten Website auch eine Online-Petition unterschreiben.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Solidarity_statement_with_the_anti-nuclear_struggle_in_Chutka

Infomaterialien
http://Material.Nuclear-Heritage.NET

Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

Internationales Anti-Atom-Sommercamp 2018

NukeNews Vom 6.-12. August hatte das Nuclear Heritage Network wieder zu einem Network Gathering eingeladen – dieses Mal in den Süden Frankreichs nahe Narbonne. Zwischen 100-120 Teilnehmer*innen kamen aus 17 Nationen zu dieser Woche internationalen Wissens- und Erfahrungsaustauschs. Die Vorbereitungsgruppe setzte sich aus unabhängigen Anti-Atom-Aktivist*innen aus unterschiedlichen Ländern rund um die Welt zusammen. Das Netzwerk wollte mit diesem Camp eine Menge Raum für internationale Vernetzung, Informationsaustausch und die Vertiefung des Wissens zu Anti-Atom-Themen bereitstellen, welcher durch mehr als 25 Vorträge und Workshops, ein paar kleine Aktionen, einen Ausflug zur Atomanlage in Malvési, vier Musikperformances und zwei Filmabende gefüllt wurde.

Ein Schwerpunktthema war die Urankonversionsanlage der Firma Orano (früherer Name: Areva) in Narbonne-Malvési. Das Camp konzentrierte sich auf dieses Thema, um lokale Gruppen zu unterstützen und um Informationen zu Uranverarbeitungsprozessen, aber auch der Entsorgung des entstehenden Atommülls, auszutauschen. Damit verbunden war außerdem der Aspekt der Transporte von Uran in allen Stadien der Verarbeitung bis hin zu den radioaktiven Abfällen sowie der damit verbundenen Sicherheitsprobleme.

Erfahre mehr:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/International_Anti-nuclear_Summer_Camp_2018



Foto: André Larivière









Atommüll: Unerwünschte Hinterlassenschaft der Atomkraft



Foto: Václav Vašku

NukeNews Wie auch andere Länder, die sich entschieden haben Strom in Atomkraftwerken zu erzeugen, ist die Tschechische Republik mit dem Problem der Entsorgung der abgebrannten Brennelemente konfrontiert. Der Traum von deren Wiederverwendung als Rohmaterial ist in Rauch aufgegangen – und damit wird die Welt jedes Jahr mit weiteren tausenden Tonnen dieses hochgradig gefährlichen Mülls belastet, der für hunderttausende Jahre sicher von der Biosphäre isoliert werden muss. Aber wer möchte schon einen solchen Nachbarn? Verschiedene europäische Staaten haben abweichende Haltungen bei der Suche nach einer Lösung. Thema der internationalen Nuclear Energy Conference (NEC) 2018 mit dem Titel „Atomarer Abfall – das ungewollte Erbe der Kernenergiewirtschaft“ war in Anwesenheit tschechischer und internationaler Expert*innen Möglichkeiten zu diskutieren, wie eine Lösung des Atommüllproblems gefunden werden kann, ohne die Bürger*innenrechte zur Verteidigung der Interessen heutiger und zukünftiger Generationen einzuschränken.

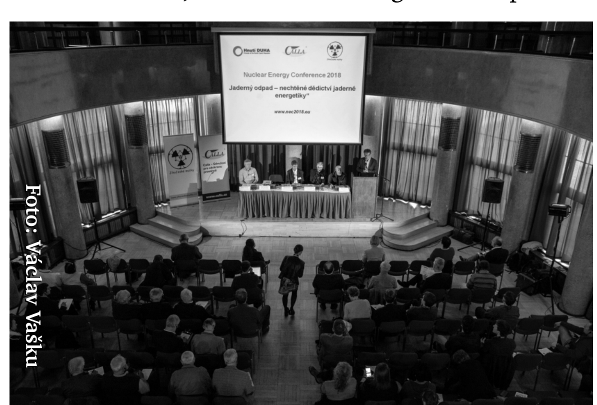


Foto: Václav Vašku

Die Konferenz war mit Informationen zur Behandlung von Atommüll und dessen tiefengeologischer Lagerung gefüllt. 116 Teilnehmer*innen aus 12 Ländern wurden befähigt die neuen Konzepte in der BRD und anderen Staaten mit der Haltung der tschechischen Regierungsbehörden zu vergleichen. In der Tschechischen Republik ist dies ein heißes Thema, da dieses Jahr die Entscheidung über die Auswahl der vier geeignetsten Standorte für ein Endlager aus den neun potenziellen Vorschlägen ansteht. Kurze Ansprachen von Teilnehmer*innen aus Osteuropa vervollständigten die Informationen zum Ende der Konferenz. Blättere durch die online bereitgestellten Präsentationen oder nimm mit den Vortragenden direkt über die Internetseite Kontakt auf. Dort kannst du dir ein Gefühl von der Atmosphäre während der Konferenz verschaffen.

Mehr Informationen:

https://nec2018.eu/en/
http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Nuclear_Energy_Conference_2018



Neuigkeiten zur Atomkraft in Kalifornien

NukeNews Kaliforniens Aufsichtsbehörde für öffentliche Versorgungsunternehmen hat bekanntgegeben, dass der letzte in Betrieb befindliche Reaktor des Bundesstaates im AKW Diablo Canyon am Ende seines Genehmigungszeitraums um 2024-2025 geschlossen wird, möglicherweise auch früher, falls die finanzielle Situation oder Sicherheitsaspekte dies nahelegen sollten. Dieselbe Behörde erstattete auch mehr als 873 Millionen US-Dollar an Grundsteuerpflichtige als Teil der 2013 erfolgten Schließung des AKW San Onofre im südlichen Kalifornien zurück. Proteste gibt es aber weiterhin gegen die Lagerung abgebrannter Brennelemente auf dem Gelände der früheren Atomanlage, die sich in der Nähe mehrerer aktiver tektonischer Bruchlinien befindet.



Endlagerpläne in Schweden vorerst gescheitert

NukeNews Nach fünf Wochen Sichtung der schwedischen Endlagerpläne für hochradioaktiven Atommüll (HAW) im schwedischen Umweltgericht (MMD) wurden Ende Januar 2018 die Schlussfolgerungen der Richter*innen veröffentlicht: Sie empfahlen der Regierung dem Betreiber SKB (Swedish Nuclear Fuel and Waste Management Company) keine Genehmigung für das geplante geologische Tiefenendlager 500 Meter unterhalb von Forsmark an der Küste nördlich von Stockholm zu erteilen. Davon ganz unbeeindruckt teilte die Schwedische Strahlenschutzbehörde (SSM) der Regierung mit, dass sie den Antrag von SKB unterstütze. Es ist ein einmaliger Vorgang, dass zwei Regierungseinrichtungen zu so völlig unterschiedlichen Überzeugungen kommen.

Erfahre mehr:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Final_repository_plans_in_Sweden_failed



Vom Fliegerhorst

Vor dem Haupttor des Fliegerhorstes Büchel in der Eifel ertönt Musik. Wieder ist Hiroshima-Gedenktag und eine mahnende Glocke wurde auf der nah gelegenen Friedenswiese montiert. Einige Abgeordnete wie auch die rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden Jutta Paulus und Jochen Bülow haben vor Ort ihre Reden gehalten und die Atomwaffen, die hier lagern und modernisiert werden sollen, als illegal gebrandmarkt.

Gäbe es eine Volksabstimmung, wäre dieses aktuelle Kriegsverbrechen mit Sicherheit schon längst passé. Im letzten Jahr haben nicht weniger als 122 Staaten einem Atomwaffenverbotsvertrag zugestimmt. Widerrechtlich ist es quasi, dass einige wenige von der Angst und andere wenige von der Sicherheitspolitik dieser Fasson profitieren, während uns 140 Eurofighter mehr als 3000 Pflegeheime kosten (Plakat der DKP).



In diesem Sinne hat die Versammlung am Kreisel, der in Richtung Alfen, Cochem und Koblenz führt, demonstriert und mit Bannern, Fahnen und Schildern kreativ kundgetan, dass sie eine atomwaffenfreie Welt wollen. Am 6. August waren folglich auch die Bundeswehrsoldaten und die Amerikanischen G.I. gezwungen an den zynischen „Little Boy“ zurückzudenken.

Die Zerstörungskraft der Atombombe hat nicht davor abgeschreckt diese in den Jahren nach 1945 noch zu erhöhen. Ist es nicht schon präventive Vertuschung, wenn heute von „Mini-Nukes“ oder kleineren Massenvernichtungswaffen gesprochen wird?

Was hat das alles mit Büchel zu tun?

Nun, hier sind Amerikaner stationiert, die möglicherweise die Modernisierung der Bombe vorantreiben, und deutsche Soldaten üben in Kooperation den Abwurf. Deutschland als Mitglied der Vereinten Nationen nahm an der Abstimmung über ein weltweites Verbot von Atomwaffen 2017 nicht teil und als NATO-Mitglied soll Deutschland mehr für die Rüstung tun und gemäß den Forderungen Trumps die Rüstungsausgaben auf 2% des BIP erhöhen, während auf dem Gelände des Geschwaders 33 (Büchel) mit etwas Sand im Getriebe gebaut wird.



zur Friedenswiese

Nachdem die lokale Bluesband auf der Bühne den Zug heim nach Chicago ausrollen ließ, verkündete Marion Küpker von der GAAA, dass zwei Personen im militärischen Sicherheitsgebiet aufgegriffen wurden und bald am Haupttor entlassen werden dürften.



Mit abenteuerlichen Geschichten der zwei amerikanischen Aktivisten später am Lagerfeuer endete der Tag auf dem Friedenscamp, und sicherlich erzählte man sich diese auch auf der anderen Seite des Zauns... Die Aktionswochen waren noch nicht vorbei! Die beiden und eine Handvoll Aktivisten im Friedenscamp droben in Büchel protestierten auch am 7. August 2018 vor dem Fliegerhorst des Geschwaders 33 weiter für eine Welt ohne Atomwaffen.

Der evangelische Pfarrer Engelke begann seine Fastenaktion schon am 28. Juli. Zu den Gedenktagen von Hiroshima und Nagasaki findet zudem vielerorts ein Protestfasten statt, in den Jahren zuvor beispielsweise in Burgfield in England und in Paris. Beim Fasten sind nicht alle dabei. Jeder wählt seine Protestform selbst und kann im Rahmen gewaltfreier Aktion oder des zivilen Ungehorsams frei entscheiden, wie weit er oder sie gehen möchte und es mit einer Bezugsgruppe besprechen…

An diesem Dienstag blieb es wegen der überschaubaren Anzahl Demonstranten bei Mahnwachen und einer spontanen einseitigen Blockade des Haupttors, was bei einigen Schwertransportern kurzzeitig Irritationen auslöste. Im Übrigen fahren viele Soldaten allein im Auto den Berg hinauf. Wer also wütend wird, weil am Verkehrsknoten wieder eine friedliche Versammlung stattfindet und der Verkehr nur im Schritttempo vorankommt, der möge doch auch einmal in Betracht ziehen, dass Fahrgemeinschaften oder eine Busfahrt durchaus entlasten.

Allen Beteiligten ist bewusst, dass 2000 Arbeitsplätze in Büchel eine große Nummer sind. Wir wollen jedoch keine Atomwaffen, diese sind keine Verteidigungswaffen und verfehlen damit zunächst einmal ihren Zweck. Der gemietete Bauzaun vor dem Haupttor, der unnötige Steuergelder verschwendet und es den Demonstranten erleichtert die Zufahrt

Unterstützung gegen Uranabbau in Australien

NukeNews Vom 5. August bis 3. September fand der gemeinsam mit australischen Aborigenes organisierte alljährliche Walkatjurra Walkabout gegen Uranabbau statt. Als uns diese Nachricht erreichte, hatte der Walkatjurra Walkabout gerade die ersten zehn Tage der Wanderung mit traditionellen Landeigentümer*innen zur Bewahrung der Gegend trotz eiskalter Nachttemperaturen und langer heißer Tage hinter sich gebracht. Dieser Bericht stellt Eindrücke von dem Marsch bereit und bittet schließlich um eure Unterstützung im Kampf gegen die Uranindustrie in Australien.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Walkatjurra_Walkabout_against_uranium_mining_in_Australia_needs_support





Wann wird Tschechien endlich aus seinen Atomkraftträumen aufwachen?

NukeNews Die energetische Versorgungssicherheit der Tschechischen Republik erfordert eine neue Energiepolitik, die die immer noch unberührten Potenziale von Energieeffizienz und die notwendige Weiterführung des Ausbaus erneuerbarer Energiequellen betont. Die aktuelle, massiv überholte staatliche Energiepolitik ist seit Jahren mit der Umsetzung einer Vielzahl an Verpflichtungen in Verzug. Der grundlegende Mangel der Pläne für den Neubau von Reaktoren liegt in den hohen Investitionskosten – direkte und indirekte sowie auch gegenwärtige und zukünftige.

Lies den vollständigen Artikel:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/When_will_the_Czech_Republic_wake_up_from_dreams_of_nuclear_reactors%3F



zu blockieren, ist ebenfalls absurd. Wer das nicht glaubt, möge sich doch mal vom Kommandanten die Spritkosten für die Hubschraubersuchaktion erklären lassen, die durch das Eindringen auf das Gelände in die Höhe getrieben wurden. Man darf im Übrigen auf das gerichtliche Nachspiel gespannt sein.

Zweiter Tag nach dem Hiroshima-Gedenktag

Am Mittwoch waren einige stetig gegen den Krieg engagierte Menschen oben am Fliegerhorst in Büchel. Sie versuchen ihre Steuern nur für Friedensarbeit und nicht für Rüstung und Krieg einzubehalten und fordern hingegen eine Friedenssteuer. Das heißt im weitesten Sinne, das Recht, dass jeder frei entscheiden darf, ob seine Steuern für militärische Zwecke



und Rüstung genutzt werden oder eben nicht. Der Fiskus reagiert hier mit rigiden Pfändungen. Mit dabei waren auch ein Pärchen Quäker.

Das Haupttor wurde während des Schichtwechsels komplett blockiert. Bundeswehr und Army Angehörige müssen diese Kritik aushalten und die Politik ist an ihre Versprechungen gebunden oder es wird an empfindlicher Stelle eben Öffentlichkeit hergestellt.

Die nukleare Teilhabe ist keine Pflicht!

Am 9. August war eine größere Versammlung angemeldet, das Haupttor wurde geschlossen und die Polizei leitete den Verkehr um. Am Vormittag dieses Nagasaki-Gedenktages versammelten sich allmählich alle Menschen aus dem Friedenscamp, wie auch einige Menschen aus Cochem und der Umgebung von Büchel wiederholt am Kreisel.

Der Protest in Form einer Andacht wurde von Pfarrer Engelke und seiner Frau Punkt 11:05 Uhr abgehalten und beinhaltete die Verlesung von Namen der Opfer des Atombombenabwurfs über Hiroshima; eine solche Totenliste wird es vielleicht bald auch zu der Tragödie von Nagasaki geben, „wenn nötig“, da man in Verbindung mit Japanern steht, die sich Jahr für Jahr am internationalen Gedenken beteiligen... Gerd Schinkel sorgte zwischendurch für Musik. Gegen Mittag war die Blockade des Atomwaffenlagers beendet, das Fasten wurde von allen Beteiligten mit einer Suppe gebrochen und nun blieb nur noch der Abbau des Friedenscamps 2018 und der Abschied...

Die Gewinner des diesjährigen Friedensnobelpreises gaben der Friedensbewegung etwas Schwung wieder, in Deutschland bleibt die Entfernung beziehungsweise das Verbot



und die Abrüstung der Atombomben jedoch weiterhin eine große Herausforderung in einer Zeit, in der Präsidenten nicht davor zurückschrecken mit Massenvernichtung zu drohen und Gelder in die Rüstung (in Unternehmen wie Lockheed Martin) fließen, um nukleare Waffen zu modernisieren. Deshalb, steht auf ihr Leute, lasst uns nächstes Jahr wieder an die Schrecken eines Atomkrieges erinnern und kritisches Denken und friedlichen Widerstand provozieren, wo es geht!

Im April haben in den USA sieben Menschen durch eine direkte Aktion versucht Atomwaffen mit Hämmern ausgerüstet unschädlich zu machen, weil ihre bloße Existenz laut Kings Bay Plowshares tötet. Wer will kann also auch jetzt weiter aktiv bleiben oder es werden, über Artikel wie diesen reden oder auch mal wieder eine Postkarte schreiben an jene, die sich wagen zu handeln (Kings Bay Plowshares) statt zu warten bis es zu spät ist...

Ich zumindest nehme meinen Hut ab. Till then, I think ICAN and see you soon!

Onno Oncken

In Kleingruppen gegen Braunkohle

Zucker im Tank Das rheinische Braunkohlerevier, irgendwann gegen 3 Uhr nachts. In der Nähe der Kohlebahn drücken sich 5 dunkel gekleidete Gestalten in den Büschen rum. Sie sprechen im Flüsterton, bis auf leichte Windstöße in den Bäumen über ihnen ist die Nacht still – und pechschwarz.

„Wie lange noch?“
„7 Minuten, nach Plan.“

In der Entfernung hört man die schwer beladenen Waggons der Kohlebahn, die die Kraftwerke Neurath, Niederaußem und Frimmersdorf beliefert, über eine kleine Unebenheit poltern. Doch plötzlich scheint etwas schief zu laufen...

„Sag mal, wo sind eigentlich die Vorhängeschlösser?“
„Hä? Das war deine Verantwortung!“
„Von wegen, ich trag doch schon das Lock!“

Es bricht minutenlanges, gereiztes Getuschel aus. Schließlich müssen alle zusammen unverrichteter Dinge wieder den Heimweg antreten...

Damit sich eine Szene wie die obige nicht abspielen kann, gibt es seit Anfang 2017 die Kampagne „Zucker im Tank“. Im August 2017 haben wir vor und während der Aktionstage im Rheinland Kleingruppen beraten und unterstützt – damit der Kampf gegen den Klimawandel auch logistisch auf sicheren Füßen steht.

Im Jahr 2018 wollen wir weitermachen und weiten unser Konzept sogar aus: Das gesamte Jahr (und auch darüber hinaus) wollen wir euch bei der Planung und Durchführung von Kleingruppenaktionen supporten. Die Klimabewegung wächst und ist auf dem besten Wege, in die Fußstapfen der Anti-Atom-Bewegung zu treten. Staat und Energiekonzerne werden es ihr auf diesem Weg nicht leicht machen – und deshalb kann sie auf die Effektivität und Unberechenbarkeit von Aktionen, die vertraulich in kleinen Gruppen geplant werden, nicht verzichten!

Wenn ihr mit eurer Bezugsgruppe eigentlich schon lange etwas unternehmen wollt, aber nicht genau wisst was, sind wir die richtigen Ansprechpartner_innen – aber auch, wenn euch nur noch ein kleines Detail zur Umsetzung eurer Pläne fehlt.

Wenn es eher noch um allgemeine Fragen geht, könnt ihr einen unserer Workshops in eure Stadt holen – öffentlich oder privat für eure Bezugs-

Olympia 2020: Unterdrückung von Kritiker*innen der Kontamination

NukeNews Am 6. August, dem Gedenktag der Atombombenabwürfe auf die japanische Stadt Hiroshima, waren Aktivist*innen Repressalien der örtlichen Polizei in Hiroshima ausgesetzt. Sie hatten über die Auswirkungen der Bombe und den fortlaufenden Schaden, den die Atomkatastrophe in Fukushima verursacht und was das für die bevorstehenden Olympischen Spiele bedeutet, informiert. Ein*e Aktivist*in wurde auf Grundlage ausgedachter Vorwürfe in Gewahrsam genommen.

Erfahre mehr:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Japan_Olympics_2020_-_oppression_of_critics_of_contamination





Update zur Atompolitik in Polen

NukeNews Das polnische Energieministerium hat in der Atompolitik keine relevanten Zusagen gemacht, obwohl solche im Verlaufe der 2. Hälfte des Haushaltsjahres 2017 angekündigt wurden: Es hat der Regierung keine Überarbeitung des grundlegenden Atomprogramms von 2014 übergeben. Dies wurde vielmehr weiter verschoben und zwischenzeitlich gab es an, dass "vor Mitte 2018", also sechs Monate später als vom Ministerium behauptet, eine Ankündigung erfolgen sollte.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Polish_atomic_developments_update



gruppe. Die drehen sich beispielsweise um Basics von Kleingruppenaktionen, Grundwissen über das rheinische Braunkohlerevier oder die sichere Benutzung von (Aktions)Smartphones. Die genaue Liste findet ihr auf unserer Website.

Wenn es schon etwas konkreter ist, können wir

- alle eure Fragen rund um Kleingruppenaktionen beantworten
- euch zu Orten im rheinischen Revier beraten
- euch bei Pressearbeit und Kommunikation unterstützen
- euch Material weitergeben oder euch helfen, es selbst herzustellen

Und das tun wir natürlich auch, wenn eure Aktion nichts mit Braunkohle oder Klima zu tun hat! Für uns hängt die Klimabewegung mit vielen anderen emanzipatorischen Kämpfen zusammen, die wir auch unterstützen wollen – wenn sich also eure Aktion z.B. mit Feminismus, Anti-Rassismus, Antimilitarismus, Tierbefreiung oder Klassenkampf beschäftigt, sind wir an eurer Seite. Im Großen und Ganzen geht es uns gegen jede Art von Herrschaft.

Für alle weiteren Infos, z.B. zu Mobi-Material, bevorstehenden Aktionstagen und weitere Updates, lest einfach auf unserer Website weiter.

Macht euer Ding – und wenn wir euch helfen können, schreibt uns an!

zuckerimtank@riseup.net
(PGP-Key auf der Website)

https://zuckerimtank.net
https://twitter.com/zuckerimtank

Thomas Morus:
Utopia

fb In dieser englischen Ausgabe kurz „Utopia" genannt, erschien das Werk Sir Thomas Mores (dt.: Thomas Morus), das namensgebend für das Genre der utopischen Literatur wurde. [1] Trotzdem war Morus nicht der Erfinder des Konzepts „Utopie" – das Urbild eines idealen menschlichen Zusammenlebens, das „zwar denkbar, aber nicht realisierbar ist", war bereits in Platons „Der Staat" (griechisch: Politeía)[2] entworfen worden.[1] Obwohl der Autor Engländer war,[3] verfasste er seinen Entwurf einer idealen Gesellschaft in lateinischer Sprache,[4] wodurch die englische Ausgabe, ebenso wie deutsche Fassungen, nur eine Übersetzung und damit sprachlich nicht ganz dasselbe ist. Der Originaltitel des Buches war „De optimo rei publicae statu deque nova insula Utopia" – „Vom besten Zustand des Staates und der neuen Insel Utopia" – und spiegelt damit den Kern des Inhalts wider.

Morus war es offenbar wichtig den Eindruck zu vermitteln, dass es die Insel Utopia tatsächlich irgendwo in der Ferne geben könnte. Er konstruiert eine Rahmenhandlung, in der ein ferner Reisender zunächst im Dialog mit anderen Figuren von diesem wunderlichen Land berichtet und dann im zweiten Teil einen Bericht über verschiedene Aspekte der utopianischen Gesellschaft wie Religion oder Kriegsführung abgibt. Die Sprache ist zumindest aus heutiger Sicht langatmig und anstrengend formuliert. Es wird deutlich, dass der Autor sich an konkrete Führungspersonen wandte, die er mit diesem „Bericht" von einer besseren Möglichkeit der Politik überzeugen möchte. Immer wieder werden aktuelle gesellschaftliche Sichtweisen oder Prinzipien herangezogen und betont, wie wunderlich die Herangehensweisen in Utopia seien, dass sie letztlich aber das Bestdenkbare darstellen.









Interessant ist es trotzdem sich dieses Buch zu Gemüte zu führen, da es namensgebend und wichtig für die Utopie als Konzept und für das ganze literarische Genre war. Obwohl als Sozialutopie bezeichnet,[4] sind die dargestellten Gesellschaftskonzepte nur teilweise emanzipatorischen Charakters. Gewiss ist vieles ganz anders, als es in den damaligen (und teils auch heutigen) Herrschaftssystemen üblich war – beispielsweise gibt es kein Privateigentum und Prunk gilt als verpönt. Andere „utopische“ Aspekte scheinen dagegen nur die Idealisierung bereits vorhandener Ideen darzustellen, von denen der Autor überzeugen wollte. Gänzlich anti-emanzipatorisch sind Gesellschaftsbereiche wie Familie, wo mit schlimmen Ausgrenzungen beispielsweise auf die Auflösung einer Ehe reagiert wird, oder das Feld von Recht und Strafe. Hier wird zwar eine Vereinfachung und Minimierung von Regeln und Vorschriften betrieben, aber die Strafen sind teils drakonisch.

Auch die Utopie der Religionsfreiheit wird unbefriedigend umgesetzt: Zwar kann jedE glauben, was sie will, aber es wird herausgestellt, dass alle sich trotzdem einig sind, an das selbe, nur mit unterschiedlichen Bezeichnungen und Ritualen, zu glauben und dass es eine Macht im Hintergrund gibt, von der alles ausgeht. Dann wird noch der Bogen zum Christentum geschlagen (Morus war überzeugter Katholik und verfasste beispielsweise ein kritisches Werk gegen Martin Luther) und erzählt, nachdem die Utopianer*innen von diesem Glauben hörten, seien fast alle dazu übergelaufen. Morus versucht hier einen Spagat zwischen echter Religionsfreiheit und den anmaßenden Postulaten des Christentums zu schaffen.

Und eigentlich führt Utopia keine Kriege, aber es wird beschrieben, dass es jederzeit – und immer wieder – überall Verbündete rekrutiert und schon bei Beeinträchtigung reisender utopianischer Bürger*innen durch ausländische Gesetze mit militärischen Mitteln interveniert wird. Auch soll es teils blutige und grausame Attacken in der utopianischen Kriegsgeschichte gegeben haben. All das soll ein Drohpotenzial verdeutlichen, dass oft verhindert, dass es zur Ausübung militärischer Gewalt kommt. Hier wie an manchen anderen Stellen bleiben die Grundzüge Utopias widersprüchlich, denn während einerseits ausgiebig beschrieben und begründet wird, warum das Reich Utopia so mächtig ist, wird immer wieder betont, wie zurückhaltend, human und hilfsbereit diese Gesellschaft sei.

Letztlich ist das Genre der Utopie nun einmal vergleichbar der Science Fiction nicht wirklich die Erfindung und umfassende Definition einer möglichen Zukunft, sondern vielmehr ein Spiegel der Gegenwart der Autor*innen und entwickelt sich aus der Kritik, den Wünschen und Wertvorstellungen jener Gegenwart. Dementsprechend ist Thomas Morus Utopia als eine Kritik insbesondere am England im frühen 16. Jahrhundert zu verstehen und einige aus heutiger Sicht nicht gerade fortschrittliche Ideen waren damals vermutlich als Verbesserung der Gegenwart zu verstehen.

Thomas More: Utopia; Wordsworth classics of world literature; Wordsworth Editions Limited, Hertfordshire 1997; ca. 135 Seiten, Paperback; ISBN 978-1-85326-474-0

Fußnoten:

1 - https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Utopische_Literatur&oldid=176229186 - gesichtet 11. Juni 2018
2 - https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Politeia&oldid=177171920 - gesichtet 11. Juni 2018
3 - https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Thomas_Morus&oldid=177594207 - gesichtet 11. Juni 2018
4 - https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Utopia_(Roman)&oldid=176242471 - gesichtet 11. Juni 2018



"Flexitarier in einer W

Der scheidende Bundesaußenmin

wie "wir" auch zukünftig noc

GKN Anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz erklärt „uns" der (mittlerweile ehemalige) Außenminister, was Europas und damit Deutschlands außenpolitisches Ziel sein muss: „der militärischen eine zivile und diplomatische Logik entgegenstellen. Und eine Verengung auf die Welt der Fleischfresser nicht zulassen." (Gastbeitrag von Sigmar Gabriel in der FAZ, 16.02.2018, S. 8)

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz treffen sich Politiker und Militärs der ganzen Welt um sich in freier Atmosphäre (also ohne Beschlüsse und Abschluss-Kommuniqués) über Krieg und Frieden in der Welt auszutauschen. Gabriel beklagt nun, dass dabei auch im Jahr 2018 „noch das Militärische gegenüber dem Zivilen" überwiegt. Politiker und Staaten, die militärische Lösungen suchen sind für ihn Fleischfresser und die anderen, die diplomatische Lösungen suchen, sind Vegetarier. „Dabei wissen wir Europäer aus unserer eigenen Geschichte: Krisen und Kriege werden am Ende nicht militärisch, sondern zivil und diplomatisch beendet und überwunden."

Tja, wer hätte das gedacht, dass am Ende eines Krieges, glatt der Krieg zu Ende ist? Gabriel wärmt hier einen häufigen Fehler der Friedensbewegung auf, nach der Krieg und Verhandeln ein Gegensatz seien. Ein falscher Gegensatz, der in das Selbstverständnis-Bild der Europäer als Friedensstifter im Gegensatz zu den USA als Cowboys eingeflossen ist. Wer sich die Geschichte aller moderner Kriege anguckt, dem müsste dagegen folgendes auffallen:

a) Vor dem Krieg gab es immer einen Zustand des Friedens und der hatte eine Beziehung zwischen Staaten zum Inhalt, war also nicht einfach ein leeres Blatt Papier, das sich nur durch die Abwesenheit von Bombenabwürfen aus-zeichnete. Gewaltmonopole, bis an die Zähne bewaffnet, stehen sich gegenüber, erkennen ihre Grenzen an oder auch nicht (Gebietsansprüche). Sie gehen wirtschaftliche Beziehungen ein, damit die Nationen sich jeweils aneinander bereichern können. Dafür machen die Staaten internationale Verträge. Sie verlangen von den anderen Staaten ständig neue, verbesserte Konditionen oder versuchen alte Konditionen zu kündigen, wenn sie zum Schaden der Nation werden. Weil alle Staaten das Gleiche wollen – ihre Kapitalisten sollen sich an der anderen Nation bereichern – stehen sie ständig im Gegensatz.



Für bessere nationale Konditionen machen die Staaten Angebote und/oder erpressen sich wechselseitig. Auch wenn diese Erpressung vielleicht erstmal nur mit wirtschaftlichen Mitteln (d.h. drohende Handelsvertragsveränderung) passiert, steht das militärische Potenzial allemal mit hinter der Verhandlungsmacht. Soll ein anderer Staat sogar mit einem Embargo zur Vernunft gebracht werden, muss der Staat sogar allen anderen Staaten in der Welt glaubwürdig machen, dass sich ein Mitmachen des Embargos empfiehlt. (siehe z.B. die Forderung der USA an China, die Geschäfte mit Nord-Korea einzustellen). Auch hier spielt die Gewalt, die ein Staat als Drohung anderen Staaten gegenüber aufbauen kann, eine zentrale Rolle.

Kurzum: Diplomatie ist zwar nicht dasselbe wie Bomben werfen, sie beruht aber auf der glaubwürdigen Drohung, dies jederzeit tun zu können.

b) Wenn zwei Bürger eines Staates einen Vertrag abschließen, dann ist der Staat, der über sie herrscht, die Instanz, die den Vertrag letztlich mit Gewalt sichert. In den internationalen Bezie-hungen dagegen sind die Staaten als Vertrags-partner zugleich die Instanzen, die für die Durchsetzung der Ver-träge gegen den Ver-tragspartner sorgen.

Den Respekt gegen den „Partner" müssen sie sich selbst schaffen. Darin liegt immer der mögliche Übergang, einen Antrag des anderen Staates auf Vertrags-änderung als mangelhaften Respekt vor sich selbst zu übersetzen. Der andere Staat wolle nicht einfach diese oder jene Regel geändert haben, sondern indem er das macht, greift er in den Augen des betroffenen Staates quasi gleich dessen ganze Souveränität an.

Diese Überhöhung ist im diplomatischen Verkehr gang und gäbe, ohne dass es gleich zum Krieg kommt. Sie findet statt in der fortlaufenden öffentlich bekannt gemachten Bewertung der Beziehungen zu anderen Staaten als „freundlich", „unfreundlich", „kühl", „eisig" oder am Ende der Skala „feindlich". In diesen einfachen Titeln zieht der Staat Bilanz über alle diversen einzelnen Vertragsbeziehungen, die er zu anderen Staaten hat.



elt der Fleischfresser"

ister Sigmar Gabriel erklärt "uns"

h kraftvoll zubeißen können

In der Regel berücksichtigen die Staaten bzw. deren Regierungen die dabei vorhandenen wirtschaftlichen und militärischen Machtverhältnisse. Respekt für nationale Anliegen, die andere Staaten berück-sichtigen sollen, ver-langen sie entlang der relativen Machtver-hältnisse. Wer das aus nationalistischer Borniertheit nicht so macht, sieht sich schnell in der Lage, dass ein mächtigerer Staat einen selbst zum Feind erklärt. Die Staaten sprechen sich also Rechte in der Welt zu, die mit Ansprüchen anderen Staaten kollidieren und welche Rechte ein Staat dann tatsächlich auch zum Prüfstein internationaler Beziehungen macht, basiert auf den zugrundeliegenden Kräfteverhältnissen.

So schafft staatliche Macht Rechte in der Welt und je mächtiger ein Staat vergleichsweise wird, desto mehr Rechte spricht er sich gegen die anderen zu. Und wenn andere Staaten diese Rechte nicht anerkennen, dann liegt der Übergang nahe, dass ein Staat sich entschließt, das als einen Angriff auf die ganze Souveränität zu nehmen.

Zum Krieg kommt es, wenn ein Staat meint, dass der andere Staat das Kräfteverhältnis falsch einschätzt. Jeder Staat kalkuliert bei internationalen Beziehungen darauf, dass die gegenüberstehende Seite in der Lage ist, durchzurechnen, wie militärische und wirtschaftliche Macht verteilt sind. Soweit beide Staaten die Einschätzung haben, dass die Kräfteverhältnisse (Überlegenheit, Unterlegenheit etc.) halbwegs korrekt bei den Verhandlungen eingeschätzt werden, wird weiter verhandelt. Wenn ein Staat aber meint, dass die eigentlich dem Kräfteverhältnis angemessene Unterordnung des anderen Staates nicht eingehalten wird, dann wird die Beziehung kühl, eisig und schließlich feindlich.

Gerade in diesem Moment werden diplomatische Noten ausgetauscht, was das Zeug hält. Weil: Auf Krieg ist kein Staat einfach so scharf. Der Krieg vernichtet Reichtum – bei sich, wie beim anderen Staat - statt dass sich die eine Nation an der anderen bereichern kann. Eine durch überlegene Stärke gewonnene Unterordnung des Gegenübers durch vorausschauende Einsicht ist viel besser als ein durch Waffengang erzwungenes Verhältnis. Vor dem Krieg steht also die diplomatische Drohung mit dem Krieg an.

c) Kommt es zum Krieg, gibt es dafür irgendeinen konkreten Anlass, der sich auch gerne gesucht wird. Der eigentliche Grund des Krieges liegt aber in all den zusammenaddierten Gegensätzen vor dem Krieg, bei denen der Staat den Eindruck hat, dass der gegenüberliegende Staat das Kräfteverhältnis nicht richtig einschätzt. Er sieht die ihm zustehende Position in der Staatenhierarchie nicht ausreichend gewürdigt und macht den Übergang, den anderen Staat, der die Anerkennung der beanspruchten Position nicht nachvollziehen mag, militärisch zu schädigen.

Dessen Reichtumsquellen werden angegriffen (Land und Produktionsstätten kaputt gemacht, die Untertanen getötet) und das gegenüberliegende Militär soll dezimiert werden, damit der andere Staat seine unterlegene Position endlich anerkennt. Weil es um letzteres geht und nicht einfach um kriegsgeiles Abschlachten, wird während des Krieges fortlaufend diplomatisch weiter verhandelt im Sinne von „siehst du es jetzt endlich ein?".

d) Der Krieg endet dann wiederum mit Diplomatie. Die Waffen schweigen, wenn der Krieg entweder so gewonnen ist, dass die andere Seite in die ursprünglichen oder auch in zusätzliche, während des Krieges gemachte Forderungen einwilligt. Oder aber der andere Staat kapituliert vollständig. So ist das Kräfteverhältnis praktisch neu entschieden und der Inhalt des Friedens ist dann immer bestimmt durch das Diktat des Siegers. Die Über- und Unterordnungsfrage ist praktisch geklärt. Damit das auch länger so bleibt, sind in den Verträgen am Ende des Krieges in der Regel lauter Abrüstungs- oder Rüstungsbeschränkungsregeln für den Verlierer enthalten. Genau wegen des Wissens des Siegers darum, welche Bedeutung Militärstärke im Frieden hat, wird diese in weiser Voraussicht bei dem Verliererstaat beschränkt.

e) Dann ist wieder Frieden und die Staaten belämmern sich mit ihren gegensätzlichen Interessen auf Grundlage der neuen Über- und Unterordnung. Auch der Verlierer kann sich was rausnehmen, aber eben nur relativ zu dem neuen Kräfteverhältnis – sonst steht der nächste Waffengang an. Für den Sieger war der Waffengang ein Mittel des nationalen Bereicherungsinteresses, weil er nach dem Krieg bessere Über- und Unterordnungsverhältnisse vorfindet, um jetzt den anderen Staat für die nationale Reichtumsvermehrung besser benutzen zu können. Manchmal haben Kriege aber auch ein Unentschieden zum Resultat, d.h., die Staaten einigen sich diplomatisch darauf, dass derzeit keine Seite gewinnen kann. Statt die Vernichtung von Reichtum fortzusetzen – was sich die Staaten auf Dauer nicht leisten wollen, weil andere Staaten wie die Geier auf die Kräfteverzehrung lauern – vereinbart man einen Waffenstillstand ohne eine große Veränderung der vor dem Krieg bestehenden internationalen Verträge.
Frieden ist angesagt, weil der Krieg für die Staaten derzeit keinen Sinn macht, und im Frieden wird sich bemüht, mittels neuer Aufrüstung oder Bündnispartner den alten Streit dann doch nochmal irgendwann zu „lösen". Die Staaten arbeiten dann auf einen Zustand hin, in dem der Krieg wieder Sinn macht, also gewonnen werden kann.

Fazit: An allen Etappen des zwischenstaatlichen Verkehrs zeigt sich, dass Gewalt wie Diplomatie zu jeder Zeit Mittel kapitalistischer Staaten sind und das beide Mittel zeitgleich zum Einsatz kommen, weil sie notwendig zusammengehören.

Das weiß natürlich auch der ehemalige Außenminister der Weltwirtschafts- und „Friedensmacht" Deutschland: Bevor Deutschland afghanische Polizisten ausbilden konnte, mussten die USA die Taliban erstmal wegbomben.

Bevor Deutschland die irakischen Kurden mit Waffen und Ausbildung daran beglücken konnte, hatten die USA Saddam Hussein weggebombt. Bevor Deutschland in Mali Soldatenausbildung betreiben konnte, musste Frankreich die Tuareg/Islamisten-Kämpfer in die Wüste zurückbomben.

Überall ist Deutschland mit Sanitätern und Überwachungsleistungen bei NATO-Einsätzen beteiligt. Dass die nur Sinn machen, wo Leute verletzt werden (also auch sterben) und wo aus der Überwachung Informationen fließen, die dann die Bomber von anderen Staaten unterstützen, sollte klar sein. Was soll also dieses ganze Gerede von Flexitariern versus Fleischfressern?

In Sprachbildern aus dem höheren Himmel der Werte (Frieden und Verhandeln besser als Krieg) reagiert Gabriel auf eine Ansage aus den USA und versucht sich hier strategisch zu positionieren: Trump (wie schon Obama vor ihm) ist sehr unzufrieden mit der Höhe der Militärausgaben seitens seiner NATO-Partner in Europa. Er verlangt von ihnen, mehr Geld für's Militär zu verpulvern (mindestens 2% des BIP), andernfalls will er seine Bündniszusagen ggf. neu überdenken. Wenn er von anderen Staaten mehr Militärkraft verlangt, ist klar, dass er davon ausgeht, dass diese nicht gegen die USA verwendet wird, sondern sich innerhalb der NATO für die Interessen der USA nutzbar machen lässt.

Dass die Ansage Trumps die Europäer unruhig macht, Frankreich dem Antrag der USA zustimmt und auch die CDU dies so machen will, verweist darauf, dass die Bedeutung der europäischen Rolle in der Welt auf der militärischen Absicherung durch die USA basiert. Das ist kürzlich wieder deutlich geworden: Deutschland musste feststellen, dass die „friedliche" Eroberung des ehemaligen Ostblocks mittels wirtschaftlicher Anreize und Erpressungen am Fall der Ukraine durch Russland gestoppt wurde: Mit einfacher militärischer Gewalt.

Aber auch das Wunder, dass sich lauter Großmächte innerhalb Europas nach zwei Weltkriegen mit zig Millionen Toten siebzig Jahre lang friedlich (im Sinne von: ohne Kriege) miteinander arrangieren, ja sogar zu einem Bündnis geworden sind, beruhte darauf, dass die USA zuviel Gegensatz und erst Recht einen Waffengang im westlichen Europa einfach nicht erlaubt hätten – zu wichtig war der Kampf gegen den Ostblock. So ist auch erklärt, warum die Wirtschaftsmacht BRD die Führungsrolle in der EU hat und nicht die Atommächte Frankreich und UK. Wo militärische Mittel quasi durch noch überlegenere Mittel der USA innerhalb der EG/EU neutralisiert sind, entfaltet sich eben die wirtschaftliche Macht in Reinform, wenn es um Unter- und Überordnungs-fragen geht.

Trump kündigt „America first" an und will nicht mehr eine bestimmte Weltordnung führend organisieren. Stattdessen beansprucht er einfach so Überlegenheit. Damit geht dann die Sicherheit der bisherigen Räson der EU nach innen, wie nach außen, flöten.
Trump stört nicht nur seine 2%-Forderung, sondern die Tatsache, dass er gleichzeitig Entwicklungshilfe drastisch kürzen will. Auf diese Strategie reagieren CDU und SPD gleichermaßen verschnupft. Beide betonen die Wichtigkeit des Zusammenspiels beider Sachen. Sie gehen dabei dann unterschiedlich auf Trump ein.

Die CDU stellt sich auf diese neue Lage so ein: Durch höhere Militärausgaben und besserer militärischer Zusammenarbeit in Europa soll das Staatenbündnis einerseits unabhängiger von den USA werden. Zugleich versucht sie durch die Erfüllung des durch Trump geforderten 2%-Ziels, die USA milde zu stimmen und hofft dadurch, die bisherige militärische Absicherung der Rolle Europas durch die USA erstmals auch zu behalten. Gleichzeitig ermahnt die christdemokratische Verteidigungsministerin von der Leyen zur Bündnistreue und erinnert den US-Präsidenten gleichzeitig daran, dass es ja „kein Schuldenkonto in der NATO" gebe. (FAZ, 17.03.2017).

Dass Entwicklungshilfe und Krieg dem selben Zweck untergeordnet sind, darauf verweist sie gleich zur Eröffnung der Münchener Sicherheitskonferenz 2018: „Wenn wir IS unter schwersten Kämpfen aus einer Stadt vertrieben haben, dann gewinnen wir die Herzen der Menschen nur, wenn auch Wasser, Elektrizität und Jobs schnellstmöglich wieder da sind. Zugleich müssen die Aufbauhelfer aber dann auch wissen: sie sind nicht allein und schutzlos – Soldatinnen und Soldaten stehen an ihrer Seite. Einer kann nicht ohne den anderen." (https://www.bmvg.de/de/aktuelles/europaeischer-werden--transatlantisch-bleiben-22174)

Die FAZ übersetzt es freundlicherweise nochmal für die Leserschaft: „Ohne die Regierung Trump beim Namen zu nennen warnte von der Leyen vor einer



Allianz, in der die einen für das scharfe Ende des Berufs zuständig sind – sprich: das Töten – und andere sich um die humanitären Folgen kümmern" (FAZ, 16.02.2018)

Hier hat die SPD einen etwas anderen Standpunkt: Sie stört sich daran, einfach umstandslos auf die Forderung Trumps einzugehen, weil das ja gerade das Gegenteil von Deutschlands und Europas Unabhängigkeit ist. Sie will das bisherige Prinzip, bei dem Deutschland von der Militärmacht der USA schmarotzt und sich auf dessen Basis als Weltfriedensmacht präsentiert, nicht kampflos aufgeben. Daher propagiert Gabriel die Idee, dass bei dem 2%-Ziel, dass von den NATO-Staaten gefordert wird, auch Ausgaben für Entwick-lungshilfe oder sonstige „zivile" Taten, wie Polizeiausbildung im Ausland, angerechnet werden sollten.

Sein Amtsnachfolger Heiko Maas scheint diese Linie fortzusetzen. Im Gegensatz zu Gabriel betont er aber auch die Gemeinsamkeiten der westlichen Mächte: die Feindschaft zu Russland zum Beispiel. Als Beitrag dazu plant Deutschland, auf seinem Gebiet ein neues Planungs- und Führungszentrum für schnelle Truppen- und Material-transporte der NATO zu bauen. Wohl kaum jemand zweifelt, an welchen potentiellen Gegner damit ein Warnsignal rausgeht. Die FAZ stellt es aber nochmal klar: „Mit der Stärkung ihrer Kommando- und Streitkräftestruktur reagiert die Nato vor allem auf die als aggressiv wahrgenom-mene Politik Russland" (FAZ, 8.02.-2018).Zugleich ist Ga-briels Betonung all der „zivilen" Leistungen, die Deutschland bringt und die so wichtig seien in der Welt, auch eine Ansage an Frankreich: Das Kräfteverhältnis in-nerhalb der EU darf sich jetzt nicht verschieben, weil Militär angeblich wichtiger werden wird.

Natürlich hängt die Reaktion Frank-reichs oder anderer Staaten nicht von der Überzeugungskraft des Werte-himmel-Artikels eines deutschen Außenministers in der FAZ ab.
Solche Artikel werden gemacht, um Ansagen zu machen, die Umsetzung muss dann noch gelingen. Nach innen hin dienen solche Artikel der moralischen Legitimation dessen, was ein Außenminister dann mit aller diplo-matischen Gewalt nach außen durchsetzen will.

Von daher ist klar: Wenn Gabriel „uns" auf eine Flexitarier-Ernährung festlegen will, also Diplomatie und Krieg einsetzen will, mit dem Ziel „eine Verengung auf die Welt der Fleischfresser nicht zuzulassen", plant er locker die Bevölkerung, über die er regiert, wirtschaftlich und militärisch mit ein, um dem Kampf gegen die unvernünftigen anderen Staaten aufzunehmen. Und wer lauter Raubtiere bändigen will, der muss natürlich in letzter Konsequenz selber ein Raubtier sein.

So ist bei Gabriel die kriegsträchtige Logik klar ausgesprochen: Wenn sein jetziges Konzept nichts bringt, dann sind irgendwann die anderen Staaten schuld und haben es nicht anders verdient, dass Deutschland sich dann leider immer mehr zum Raubtier entwickeln muss. Diese Konsequenz mögen Gabriel bzw. sein Nachfolger Maas selber irgendwann ziehen oder sie der CDU oder gleich der AfD überlassen. Einen Beitrag für ein Volk, das da mitmacht, ist Gabriels Artikel allemal. Wie heißt es so schön: Wer den Frieden will, rüste sich zum Krieg.

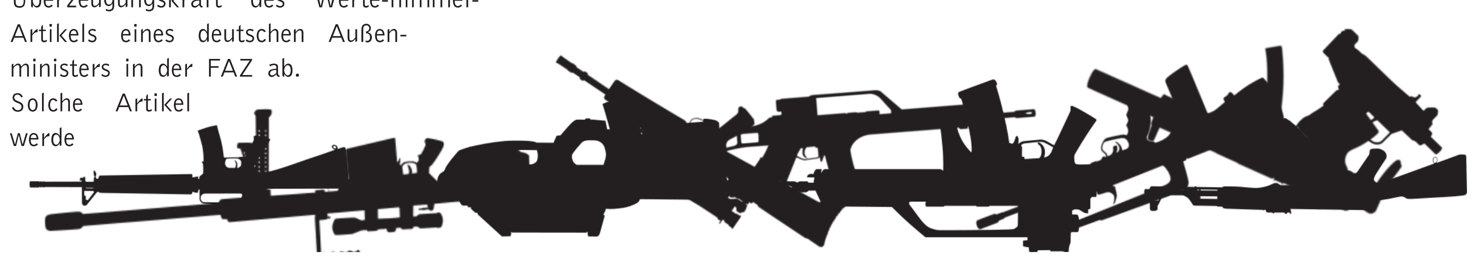
Wie sehr die Außenpolitik vom inneren Frieden abhängt, also dass die Bevölkerung jeden Scheiß letztlich mitmacht, die die eigenen Führer beschließen, buchstabiert Gabriel explizit vor, wenn er thematisiert, wie genau sich das Ausland den langen Regierungsbildungsprozess in Deutschland angeguckt hat: „Unsere Konzentration auf uns selbst wird bei den einen erstaunt, bei den anderen bereits zynisch betrachtet." Gabriel gibt aber Entwarnung: „Denn trotz aller politischen Volten der letzten Monate regiert unser Land ja erstaunlich gelassen und setzt einfach seinen Erfolgsweg fort."

Er hält also die Regierungsbildungsprozesse der Jahreswende 2017/2018 für kein Glanzstück, aber Pi mal Daumen ist doch alles in Butter. Während der Regierungsbildung gab es ja noch die alte Regierung und die hat einfach weitergemacht und daran kann die neue Regierung nahtlos anknüpfen. Nie gab es eine Pause in Sachen Herrschaftsausübung innerhalb von Deutschland.

Zu jedem Zeitpunkt gab es eine Führung, die anderen Staaten Ansagen machen konnte und dabei mit dem eigenen Land und den eigenen Leuten wuchern konnte. „Einige wollen in solchen Prozessen einen erneuten Beweis für die ´westliche Unterlegenheit´ sehen, obwohl die offene Debatte in Wahrheit ein Zeichen unser Stärke ist." Also: Der politische Streit der Parteien um die richtige Politik sorgt am Ende für die bessere Einheit von Volk und Regierung.

Das Volk bekommt Gelegenheit, sich konstruktiv in alle Nöte der Regierung, also in die Herrschaftsausübung, reinzudenken, mag sich durch die Parteistandpunkte, die in die Regierungsarbeit einfließen, besser repräsentiert fühlen und macht dann bei allem mit, was die Regierung dann nach außen anstellt. Da rechnet also Gabriel China, Russland und dem Iran vor, dass „unser" demokratisches System für den Zweck, eine unbedingte Gefolgschaft derjenigen herbeizuregieren, die für den Krieg dann die tatsächlichen Opfer bringen müssen, optimal ist.

Ein Text von den Gruppen gegen Kapital und Nation



Lasst uns Happyland niederbrennen

jes Man hat mir einmal gesagt, dass der Unterschied zwischen Rechts- und Linkssein darin besteht, dass die Linken der Meinung sind, alle Menschen seien gleichwertig, und die Rechten, der Wert eines Menschen sei schon bei Geburt unterschiedlich. Deswegen ist es gerade in der „Linken“ normal zu sagen, dass man gegen jegliche Diskriminierung ist.

Wenn man sich die linken Gruppen aber anschaut, dann bemerkt man schnell, dass es dort scheinbar zufällig kaum Menschen gibt, die bestimmten Diskriminierungen ausgesetzt sind. Die meisten Gruppen bestehen vorwiegend aus weißen jungen Mittelschichtsangehörigen mit deutschem Pass. Also Privilegierten in dieser Gesellschaft. Sehr selten hört man die Frage, warum das so ist, wo doch gerade Benachteiligte sich in linken Gruppen wohl fühlen müssten.

Das Problem am Privilegiertsein besteht nicht nur darin, dass man als Privilegierter selten seine Privilegien sieht. Als Mann zum Beispiel bemerkt man Sexismus weniger, weil man selbst weniger betroffen ist. Als Weißer rassistische Werbung weniger, aus demselben Grund. Und als Angehöriger der ökonomischen Mittelschicht bemerkt man weniger, wie viel Geld man braucht, um bei einer Gruppe mitmachen zu können. Ein Teil der Privilegien besteht gerade darin, die Privilegien und Diskriminierungen nicht zu sehen und damit leichter durch das Leben gehen zu können. Selbst wenn man es nicht will. Man lebt im Happyland.

Den Begriff Happyland habe ich aus dem Buch „exit Racism“ von Tupoka Ogette. Er beschreibt die Welt, in der viele Menschen in Deutschland, aber auch in der übrigen privilegierten Welt leben. Diese Welt ist eine, in der es sich schön leben lässt, die aber leider nur auf Kosten anderer möglich ist. Wir leben alle in dieser Welt, aber nur für die Privilegierten ist dies das Happyland. Für andere kann es die Hölle sein.

Diese Welt möchte ich abschaffen, weil sie alles andere als links ist, und der Weg dazu kann intersektorales Denken sein.

Intersektional bedeutet, dass es viele verschiedene Diskriminierungen gibt, die alle miteinander interagieren. Es war Sojourner Truth, die 1851 anlässlich einer Frauenrechtstagung fragte: „Ain't I a woman?“ (Bin ich keine Frau?), weil sie feststellte, dass die Rechte, welche die weißen FrauenrechtlerInnen forderten, nicht ihre Perspektive beinhalteten. Meist werden mit dem Begriff der Intersektionalität die Diskriminierungen Rassismus, Sexismus und Klassismus betrachtet. Aber ich möchte diesen Begriff noch um alle anderen denkbaren Diskriminierungen erweitern wie Ableismus, Lookismus oder auch Ageismus, ohne dass ich auch nur annähernd alle nennen kann.

Die Ausgrenzungsmechanismen sind dabei so vielfältig wie die Diskriminierungen. Und leider kann das Bekämpfen einer Diskriminierung eine andere sogar verstärken. Ein Beispiel hierfür ist das Gendern in der Sprache.



Intersektionalität: Eine Reihe von Merkmalen bestimmt mit darüber, ob das Leben von jemandem eine Wiese im Happyland sein kann – oder nicht.

Wenn ich versuche einen Text so zu schreiben, dass ich die Geschlechtlichkeit vermeide, kann es für Menschen, die gerade die Sprache noch nicht so gut können, nahezu unlesbar werden. Auf der anderen Seite kann ein Text, der in möglichst einfacher Sprache geschrieben wurde, gerade Personen ausschließen, welche in der Zweigeschlechtlichkeit nicht repräsentiert werden.

Ein weiteres Problem ist, dass über die intersektionalen Benachteiligungen nachzudenken nicht alle Probleme löst. Weder wird der Kapitalismus durch Intersektionalismus besiegt noch die Klimaerwärmung aufgehalten. Nur selten hilft ein Reflektieren dabei, ein konkretes Problem zu bekämpfen. Meist macht es den Prozess eher schwieriger und langwieriger.

> Ein Teil der Privilegien besteht gerade darin, die Privilegien und Diskriminierungen nicht zu sehen und damit leichter durch das Leben gehen zu können. Selbst wenn man es nicht will. Man lebt im Happyland.

Das alles sind für mich keine Gründe, nicht in die politischen Kämpfe die intersektionale Perspektive hineinzudenken. Denn konkret kann ich mir eine bessere Welt nur vorstellen, wenn auch alle diese Welt mitgestalten können. Und im Moment werden viele ausgeschlossen.

Dazu gehört es, die Strukturen in „linken Gruppen“ zu analysieren und sich zu fragen, ob diese nicht von Anfang an ausschließend sind. Dabei gibt es offensichtlichere Ausschlusskriterien wie ein nicht barrierefreier Ort oder fehlende Übersetzungen. Aber auch sehr versteckte, wie Plena, die eine bestimmte Sprache und Kommunikationsweise voraussetzen, oder der Wunsch nach Umarmungen zur Begrüßung, was eine Norm erzeugt, welche Menschen, die solche Berührungen nicht aushalten, dazu bringen kann, nie wieder zu kommen.

Das Reflektieren darüber findet oft nur sehr oberflächlich statt. So sagen Menschen immer wieder, dass sie doch für Kritik offen sind, vergessen dabei aber, dass es gar nicht so einfach ist Kritik zu äußern, wenn man diskriminiert wird. Und selbst wenn Kritik dann geäußert wird, ist die Bereitschaft sich damit auseinanderzusetzen oft nur oberflächlich vorhanden. So erwartet man beim Kritisieren eine bestimmte Form. Am besten eine gewaltfreie Kommunikation, und die Kritik darf auch nicht wehtun. Da dies Betroffene fast nie hinbekommen, wird sich auch mit der Kritik nicht auseinandergesetzt. Und man bleibt happy im Happyland, während die „Anderen“ einfach nach und nach verschwinden.

Ich weiß, dass es nicht angenehm ist, sich mit seinem eigenen rassistischen, sexistischen oder anders diskriminierenden Verhalten auseinanderzusetzen. Im Gegenteil, es tut weh. Weil man ja gerade niemandem weh tun möchte. Es braucht Zeit zu verstehen, dass die Intention weit weniger wichtig ist als die konkrete Handlung. Und wenn man den Prozess erst einmal begonnen hat, kann man nie wieder in das Happyland zurück.

Ich sehe es trotzdem als Geschenk, wenn überhaupt einmal eine diskriminierte Person den Mut aufbringt, Diskriminierungen anzusprechen. Denn meist haben die Diskriminierten schon gelernt, dass es nur Ausschlüsse mit sich bringt, wenn sie zu viel über ihre Diskriminierungen reden. Und daher sprechen selbst Betroffene selten darüber oder verniedlichen das Verhalten.

Das kommt mir ungerecht vor. Dazu erscheint es mir auch noch absurd, dass gerade benachteiligte Menschen auch noch den Privilegierten ihre Privilegien erklären müssen. Das bedeutet, dass Menschen, die eh weniger Ressourcen haben, diese dazu verwenden, den Privilegierten als Bildungsträger zur Verfügung zu stehen. Und normalerweise auch noch unbezahlt.

Dabei ist das gar nicht nötig. Denn zum Glück haben Menschen viele Bücher darüber geschrieben, wie sie die Privilegien ihrer Mitmenschen sehen und wie sie diskriminiert werden. Es gibt Blogs und Videos, Audiobeiträge und wissenschaftliche Analysen.

Schon jetzt gibt es de facto Selbsthilfegruppen wie solche zur kritischen Männlichkeit, in der Privilegierte ihre Privilegien zu reflektieren versuchen. Aber das kann nur ein Anfang sein. Ich möchte eine Welt, in der Reflexion normal wird. Und dazu müssen wir das linke Happyland erst einmal niederbrennen. Um vielleicht einen Garten anlegen zu können, der voll mühsamer Arbeit doch noch blühen und nett werden kann. Aber dann für alle.

Mehr Informationen und Hintergründe unter:
www.die-intersektionale.de

Sexismus: Die Diskriminierung aufgrund von Gender, also dem von der Gesellschaft zugewiesenen Geschlecht.
Rassismus: Die Diskriminierung aufgrund von angeblichen Menschenrassen.
Klassismus: Die Diskriminierung aufgrund des zugewiesenen sozialen Status.
Ableismus: Die Diskriminierung aufgrund von angeblich normalen Fähigkeiten.
Lookismus: Die Diskriminierung aufgrund von angeblich gutem oder schlechtem Aussehen.
Ageismus: Die Diskriminierung von Menschen aufgrund vom Alter.

Heinz Wanner:

Klima und Mensch
Eine 12.000jährige Geschichte

fb Mit diesem nützlichen Buch leistet Klimaforscher Wanner einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Klimawandel, Folgen und notwendige Handlungen. Komplexe Faktoren, die das Klima der Erde beeinflussen, werden anschaulich erklärt und somit auch für Laien zugänglich – auch wenn es notwendigerweise konzentriertes Lesen erfordert, die Materie zu verstehen. Angesichts dessen, dass die Mechanismen, die Einfluss auf Niederschläge, Temperaturen, Hoch- und Tiefdruckgebiete sowie die ausgleichenden Wetterverhältnisse nehmen, sehr vielfältig sind und von sehr vielen Faktoren beeinflusst werden, ist es problematisch belastbare Prognosen zukünftiger Entwicklungen abzugeben oder mit Sicherheit feststellen zu können, welche derzeit erkennbaren Klimaveränderungen wovon ausgelöst werden. Daher erklärt Wanner sowohl die unterschiedlichsten gebräuchlichen Methoden der Wissenschaft, um Klimaverhältnisse der Vergangenheit rekonstruieren zu können, gibt Einführungen in klimatische und auch gesellschaftliche Verhältnisse und deren Veränderungen über die letzten 12.000 Jahre (das sogenannte Holozän, die Warmzeit, in der wir uns heute befinden) und erläutert unterschiedliche, teils widersprüchliche wissenschaftliche Erklärungsansätze zu den beobachteten Phänomenen.

Neben der Vermittlung von komplexem Grundlagenwissen zur Mechanik des Klimas der Erde diskutiert Wanner auch verschiedene Ansätze der Interpretation von Klimadaten und weist an manchen Stellen auf Wissenslücken hin, die erst durch weitere Forschung geschlossen werden sollten, sowie auf die Problematik der Übertragung wissenschaftlicher Theorien in die Politik und Meinungsbeeinflussung, wenn diese zwar durchaus eine Grundlage haben und anerkannte Methoden nutzen, aber trotzdem nicht alle Beobachtungen erklären oder anderen Ansätzen zuwiderlaufen. Für den wissenschaftlichen Diskurs sind alle Theorien sinnvoll und können wertvolle Beiträge darstellen, da es völlig normal ist und zum wissenschaftlichen Arbeiten dazugehört, dass sich Theorien durch andere Untersuchungen als falsch oder unvollständig erweisen können. In der manchmal aufgeheizten politischen Auseinandersetzung, beispielsweise mit sogenannten "Klimaskeptikern", geschieht es allerdings gar nicht so selten, dass einseitig gut klingende wissenschaftliche Veröffentlichungen zur Glaubhaftmachung eigener Positionen herangezogen werden, ohne dass geklärt wäre, wie gesichert die daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen sind. Herauszustellen ist, dass der Autor bei verschiedensten Studien auf solche Problemstellungen hinweist, ohne sich anzumaßen die eine oder andere Untersuchung zur Wahrheit oder als falsch zu erklären. Dieses Buch kann dabei helfen, wissenschaftliche Zusammenhänge im Klimabereich besser zu verstehen und eine fundiertere eigene Meinung zu entwickeln.



Zum Abschluss behandelt Wanner die Problematik der Auswirkungen von Klimaveränderungen auf vergangene Kulturen und Gesellschaften. Auch hier erläutert er eingangs die üblichen wissenschaftlichen Ansätze und Diskurse, weist dabei auf kritisch zu betrachtende Interpretationen hin, und beschreibt dann beispielhaft eine Reihe bekannterer Kulturen, von denen angenommen wird, dass sie aufgrund klimatischer Veränderungen zusammenbrachen. Der Forscher macht hierbei Anmerkungen, an welchen Stellen klimatische Veränderungen aus seiner Sicht Einfluss gehabt haben könnten und welche anderen Faktoren er für berücksichtigenswert hält. Auch weist er deutlich darauf hin, dass in vielen Fällen prominenter Fallbeispiele des Kollapses von Kulturen unsachlich mit diesem Begriff umgegangen wird und schlägt vor, statt von einem Zusammenbruch oder Verschwinden zu reden zu untersuchen, wie äußere Einflüsse zu Anpassungs- und Änderungsprozessen führten. Seiner Meinung nach haben in vielen Fällen Klimaveränderungen Auswirkungen auf Gesellschaften gehabt, aber oft waren dies Weiterentwicklungen einschließlich der Aufgabe nicht mehr nützlicher Gebäude oder Anbauformen – von einem Scheitern dieser Gesellschaften zu reden wird oft der Sache nicht gerecht.

Was das alles aber mit aktuellen politischen Positionen und daraus abzuleitenden Strategien zu tun hat, bleibt uns als Leser*innen überlassen. Wanner gibt keine Sichtweisen vor, sondern stellt Handwerkszeug bereit, um sich selbst ein Bild zu verschaffen und eigene Konsequenzen zu ziehen.

Heinz Wanner: Klima und Mensch. Eine 12.000jährige Geschichte; Haupt Verlag, Bern 2016; 274 Seiten, Hardcover; ISBN 978-3-258-07879-3

Ursula K. Le Guin:

The Left Hand of Darkness

fb Eine aufstrebende Allianz lose verbündeter Welten ist vor längerer Zeit schon auf einen eisigen Planeten gestoßen, dessen humanoiden Intelligenzen angeboten werden soll Partner dieses auf Wissensaustausch ausgerichteten Zusammenschlusses zu werden. Die Distanzen zwischen den einzelnen Sonnensystemen sind teils so groß, dass ein Menschenleben vergeht, bevor ein Raumschiff diese überwunden hätte – doch die Allianz hat eine verzögerungsfreie telepathische Kommunikation entwickelt, die den Austausch von Wissen möglich macht. Somit geht es weniger um politische Macht oder Beherrschung anderer Intelligenzwesen, als vielmehr um die gegenseitige Förderung von Forschung und Entwicklung. Entsprechend der Philosophie dieser Allianz wurde als Botschafter lediglich eine einzelne Person geschickt – die den potenziellen neuen Partnern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist, um jeden Verdacht eines Drängens oder einer Erpressung zur Mitgliedschaft zu vermeiden.

Die Humanoiden, die auf der „Winter" genannten Welt leben, haben noch keine Nationalstaaten entwickelt, aber es gibt größere Reiche, die teils miteinander konkurrieren und sich gegenseitig Gebietsansprüche streitig machen. Zu Kriegen kam es jedoch nie, weil hierfür keine einheitliche Organisation vorhanden ist und keine Vorstellung von einer derartigen Vorgehensweise besteht. Nichtsdestotrotz kommt es zu tödlichen Grenzgemetzeln und Übergriffen. Die Wesen dieses Planeten verfügen die meiste Zeit ihres Lebens über kein eindeutiges Geschlecht – lediglich in gewissen sexuellen Phasen prägen sie männliche oder weibliche Geschlechtsmerkmale aus und pflanzen sich fort. Im Laufe eines Lebens kommt es in der Regel zu häufigem Wechsel zwischen männlichem und weiblichem Geschlecht und viele Bewohner sind sowohl Väter der einen und Mütter anderer Kinder. Durch den Mangel einer geschlechtlichen Dominanz im Alltag der Gesellschaft kam es ganz anderen Entwicklungen von Verhaltensweisen und Umgangsformen miteinander, als es auf den vielen zweigeschlechtlichen Welten der Allianz der Fall ist. Hiermit und mit vielen anderen kulturellen Unterschieden muss der Botschafter klarkommen und steht dabei mehrfach dem Tode nahe.

Es entwickelt sich eine dramatische Geschichte, die einfühlsam und wunderlich ist, Ideen für ganz ungewohnte Perspektiven liefert und einen sehr lesenswerten utopischen Roman ausfüllt. Die Sprache dieser Ausgabe ist englisch und damit die Muttersprache der bekannten Schriftstellerin Ursula K. Le Guin, die viele aus einer emanzipatorisch-utopischen Sicht anregende Bücher verfasste.

Ursula K. Le Guin: The Left Hand of Darkness; Penguin Books 2016; 255 Seiten, Hardcover; ISBN 978-0-14311-159-7

Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadline: 18. Januar 2019
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit vier Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen "NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit acht Sprachen (deutsch, englisch, französisch, kroatisch, polnisch, russisch, slowenisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz & knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift enthalten und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zur nächsten Ausgabe der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 18.01.2019 schicken.

Freiheit nur gegen Bezahlung!

Arne A. Per Gesetz erhalten in Niedersachsen die Sicherungs verwahrten pro Monat bis ca. 5 Stunden Ausgang. 5 Stunden auf einen Monat gerechnet, da kommt bei den Betroffenen natürlich meist große Freude auf, da es eine schöne Abwechslung ist. Natürlich gibt es da dann gleichzeitig auch den kujonierenden Anteil bei der exekutiven Gewalt. Da die Ausgänge zudem auch noch von vielen Einschränkungen behaftet sind, ist der Pool der Möglichkeiten zur Gestaltung sehr gering gehalten.

Der Obrigkeit kommt es da natürlich nicht entgegen, wenn vereinzelte SVer so wie ich noch gut zu Fuß sind. So hätte ich eigentlich am 26.01.2018 einen Ausgang per Fuß nach Göttingen gehabt. Da wir vorher nicht erfahren dürfen, welche Bedienstete mit uns den Ausgang/Ausführung macht, bleibt eine vorherige Absprache aus. Es sei denn, die exekutive Gewalt hält sich an ihre eigenen Vorschriften und der Bedienstete setzt sich einen Tag zuvor mit dem Ausgänger in Verbindung. In diesen Genuss kam ich bisher eher selten. Desweiteren hatte sich ein guter Freund, welcher eine Anreise von knapp über 300 km hatte, zu dem Treffen angemeldet. Da es um 9 Uhr losgehen sollte, begab ich mich eine halbe Stunde vorher zum Büro. Nun, ich hatte den Jackpot geknackt und erhielt das Vorzeigeobjekt zur Begleitung. Jener machte mir sodann unmissverständlich klar, dass ich auf meine Kosten für ihn ein Taxi zu bestellen habe, da „Graf Koks" den Tag als seinen zusätzlichen Urlaubstag mit Wohlfühlfaktor ansieht, welchen die Sicherungs-verwahrten zu bezahlen haben. Das mag zwar bei einigen eingeschüchterten anderen SVern hier geklappt haben, jedoch lasse ich mich weder nötigen noch erpressen. Dies hatte zwar zur Folge, dass mein Besuch die Fahrt vergebens gemacht hatte und ich keinen Ausgang erhielt, aber das Outing der exekutiven Gewalt spricht Bände für ihr Versagen.

Leserbrief zur 2017/

Werte Redaktion,
herzlichen Dank auch für die Zusendung Eurer neuesten Ausgabe, die ja auch einen kleinen Einblick in die internen Differenzen gewährt (als Gefangener, ohne Netzzugang, bekommt man sowas nicht mit).

Allerdings möchte ich etwas zu den Beiträgen des Sicherungs-verwahrten Arne A. (Seiten 13 und 34) loswerden.

Gewiss ist es nicht Aufgabe der Redaktion eine Biografierekonstruktion vorzunehmen, jedoch einem wegen Sexualtaten in die Verwahrung gelangten Mann soviel Platz einzuräumen, der dann auch noch die Praxis der JVA Rosdorf beklagt, künftig nicht mehr an der sexuellen Ausbeutung von Frauen (nichts anderes ist die Pornografie, die er gerne konsumieren und von der ihn die JVA

Alle Jahre wieder

Arne A. Alle Jahre wieder zeigt sich in den JVAs, dass die Obrigkeit vom Weihnachtsfest gefrustet ist. Nun, es gilt eben Berufsschichten, da möchte auch hinter Gittern kaum jemand etwas mit zu tun haben. Wie gut, dass man da die "Schutzbefohlenen" hat, welche als Medikament für das eigene Versagen herhalten dürfen. Natürlich alles gedeckt durch die Judikative des jeweiligen Standortes.

Im Jahr 2016 mussten die Sicherungsverwahrten der JVA Rosdorf kurz vor Weihnachten kollektiv zur Nacktbeschauung herhalten. Dafür wurden zu Weihnachten 2017 die von Freunden und Verwandten gesandten Geschenke nicht ausgehändigt. Das allumfassende Zauberwort hier ist „es verstößt gegen das Erreichen des Vollzugsziels". Nun, dass gerade die Verantwortlichen nicht daran interessiert sind, dass das Erreichen des Vollzugszieles (baldmöglichste Entlassung) erreicht wird, muss hier inzwischen nicht mehr hervorgehoben werden.

Aber zurück zu den Weihnachts-geschenken. Da wird ein Buch über die Indianer aus Südamerika und deren

Ausgabe Winter 2018

fernhalten möchte) teilhaben zu dürfen, verwundert mich doch ein wenig.

Letzteres ist auch deshalb skurril, weil – zutreffend – die Sprachwahl „Fuck Cops" („Warum ‚Fuck Cops' ... scheiße ist", Seite 6) in der selben Ausgabe kritisiert wird. Dann unkommentiert ein Plädoyer für Hardcore-Pornografie eines Sexualtäters abzudrucken, das ist schon gewöhnungsbedürftig.

Nun stehe ich gewiss nicht auf der Seite von Verboten, geschweige denn habe ich vor, Maßnahmen einer JVA zu verteidigen, aber wenn einer bestimmten Klientel von – insbesondere – Männern, zumal wegen Sexualverbrechen in die Verwahrung gelangt, versucht wird, ein anderes Frauenbild zu vermitteln als dies durch die Hardcore-Pornografie geschieht, damit sojemand vielleicht künftig keine Frauen mehr als Freiwild ansieht, und in diesem Zusammenhang der Besitz solchen Materials verboten wird, wäre ein differenzierterer Umgang durch die Redaktion wünschenswert, als der kommentarlose Jammertext, der die Maßnahme in die Nähe nationalsozialistischen Unrechts rückt.

Soetwas verschiebt Maßstäbe auf grundlegende Weise. Denn etwas bösartig zusammengefasst: Auch wenn die Redaktion in ihrem Disclaimer im Impressum wissen lässt, namentlich gekennzeichnete Beiträge würden nicht zwingend mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen, wird doch ein Zeichen gesetzt, wenn man einem solchen Menschen einen solchen Raum einräumt, in welchem er völlig unreflektiert vor seiner eigenen Biografie, der Ausbeutung von Frauen (und auch Männern) das Wort reden darf.

Solidarische Grüße aus Südbaden

Thomas Meyer-Falk

Statement zum Leserbrief und zum Umgang mit zu problematischen Beiträgen

jes Das grüne blatt hat immer wieder Texte veröffentlicht, die nicht im Sinne aller Mitmachenden waren. Das Konzept letzten Jahre bestand darin gerade keinerlei Bewertung durchzuführen und möglichst viel von dem abzudrucken, was uns geschickt wurde. Natürlich brauchte es auch immer Menschen die diese Texte Layouten und die Veröffentlichung praktisch umsetzten, aber gerade weil Gefangene nicht in der Lage sind, dies selbst zu tun, haben wir sie bevorzugt.

Durch das neue Konzept werden wir uns in Zukunft und mehr Gedanken machen, welche Artikel überhaupt veröffentlicht werden. Trotzdem werde ich weiterhin Artikel von Benachteiligten tendenziell bevorzugen. Ein Beitrag wie in der Ausgabe Winter 2017/2018 würde aber auf jeden Fall nicht mehr ohne kritischen Kommentar erscheinen.

Kulturen zu einem wahren Dilemma. Ein Buch, welches von einem Arzt geschrieben und an vielen Grundschulen als Unterrichtsbegleitung integriert wurde, ist in der JVA Rosdorf (Abteilung Freiwild) das Tor zum Armageddon.

In dem Buch sind doch wirklich leicht bekleidete Menschen zu sehen. So etwas darf natürlich nicht geduldet werden. Auch nackte Brüste sind zu sehen. Man kann leider nur spekulieren, wie die hiesigen Entscheidungsträger gezeugt wurden. Aber dank der Technik geht derartiges ja auch bereits im Reagenzglas. Und für die Aufzucht hatte sicher Ratiopharm auch noch was. Nicht dass ein Baby fälschlicherweise noch mit einer Brust in Berührung kommt.

Bedenkt man jedoch, dass die gleichen Fotos auf dem PC der einzelnen Stationen nachzuschlagen sind, welche für die Sicherungsverwahrten bereitgestellt sind, so muss den Entscheidungsträgern ein gewisses Kujonieren unterstellt werden. Dafür wurde auf dem Fernsehkanal der Sender KIKA installiert. Ein Schelm, der nun böses denkt.

Wenn inzwischen wissenschaftliche Bücher verboten werden, wie soll es dann weiter gehen? Bedenkt man, dass der § 66, unter dem wir hier verwahrlost werden, von den Nationalsozialisten ins Gesetz gerufen wurde und dies immer noch auf bestimmte Art ausgelebt wird, so stellt sich hier die berechtigte Frage, was als nächstes kommt. Dürfen wir dann bald wieder nicht mehr die Bücher von Erich Kästner, Erich Maria Remarque, Heinrich Mann, etc. lesen? Und werden die dann eventuell auf dem Freistundenhof verbrannt (man denke da nur an den 10. Mai 1933)!

Wie gefährlich doch wieder ein einfaches Buch (ohne Altersbeschränkung) für die deutsche Justiz sein kann...

Leider ist die Dekadenz in deutschen Knästen wieder sehr fortgeschritten. In dem Sinne wünsche ich allen ein glückliches und gesundes neues Jahr.

Das Klima ändert sich

jes Wir alle wissen, dass es den Klimawandel gibt. Nur waren in den letzten Jahren nicht die klimatischen Veränderungen, sondern gesellschaftliche Veränderungen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern hat sich eine rechte Bewegung breit gemacht, welche die bestehenden demokratischen Systeme angreift.

Um so beeindruckender ist es, dass es sehr plötzlich auch immer größere Bewegungen gibt, welche dagegen halten. Nicht nur dass die Umweltbewegung im Hambacher Forst das erste mal seit Jahren zig Tausende auf die Straßen oder besser gesagt vor den Wald gebracht hat, auch in anderen Städten scheint die Bereitschaft zu demonstrieren und sich zu engagieren wieder größer zu werden.

40 000 demonstrierten in München gegen das neue Bayrische Polizeigesetz und die CSU-Regierung. In Chemnitz sind unter dem Motto: „Wir sind mehr" 50 000 Menschen zusammengekommen um gegen Rechts zu demonstrieren, deutlich mehr als die 25 000 die Pegida in den letzten Jahren maximal mobilisieren konnte. Und nur wenige Wochen später kamen zur „welcome united"-Parade mehr als 30 000 Menschen in Hamburg zusammen. Den Höhepunkt des linken Demo-Herbstes konnte dann die Demo „unteilbar" ver-buchen, zu der laut Veranstalter*Innen bis zu 250 000 Menschen zusammenkamen um gegen den Rechtsruck und die soziale Spaltung in der Gesellschaft zu demonstrieren.

Sogar die Polzei konnte nicht anders als die Zahl der Teilnehmer*Innen der durchaus linken Demo im unteren sechsstelligen Bereich zu bestätigen.

Auch aktuelle Umfragen zeigen, dass die meisten Menschen in Deutschland nicht mit dem Rechtsruck einverstanden sind. 71% können sich laut einer Studie von Bertelsmann nicht vorstellen jemals die AfD zu wählen. Und die Verluste der CSU bei der Landtagswahl zeigen auch, dass wenn man die Politik der AfD kopiert, man nur Wähler verliert.

Viele KritikerInnen sehen dieses neue Aktiv sein als Strohfeuer, das angeheizt von populären Bands, die auf den Demos spielen, mehr über den Zustand der Gesellschaft als Spaßgesellschaft aussagt, als dass es eine neue Bewegung von Links geben würde. Aber wer auf den Demos dabei war, sieht dass die meisten Menschen nicht nur zum Feiern gekommen sind.

Auf jeder der großen Demos gegen Rechts finden sich hunderte selbstgemachte Plakate die oft auch sehr kreativ die eigene Position unterstreichen. Bei der „welcome united" Demo fanden sich mehr Menschen mit sogenanntem „Migrationshintergrund" als solche ohne. Auf fast jeder Demo finden sich zig Menschen, die selbst sagen, dass sie noch nie auf einer Demo waren. Wobei viele Demoteilnehmer*Innen auch sehr jung sind und viele Familien zusammen mit ihren Kindern mitmachen. Und sogar die kleinsten malten ihre eigenen Schilder zum Thema.

Und auch dem Argument, dass diese Demos ja vom Establishment gewollt sind, muss man widersprechen. Gegen die „unteilbar"-Demo positionierte sich nicht nur die CDU sondern sogar Teile der Linken.
Und vor der „wir sind mehr" Demo in Chemnitz warnten viele Politiker, dass mit der Band „Feine Sahne Fischfilet" die Demonstrierenden sich mit Linksradikalen verbünden würden. Es war den TeilnehmerInnen mindestens egal.

Bezeichnend für die Dynamik dieser neuen Bereitschaft sich öffentlich zu positionieren sind auch die vielen „kleinen" Demos, die bundesweit in vielen Städten organisiert werden und in der Presse gar nicht mehr groß wahrgenommen werden. So gibt es z.B. unzählige Demonstrationen für die zivile Seenotrettung im Mittelmehr unter dem Motto "Seebrücke". Einige Demos, wie die „wir sind mehr" Demo in Frankfurt erreichten sogar mehr als 3000 Teilnehmer*Innen ohne es in die überregionale Presse zu schaffen.

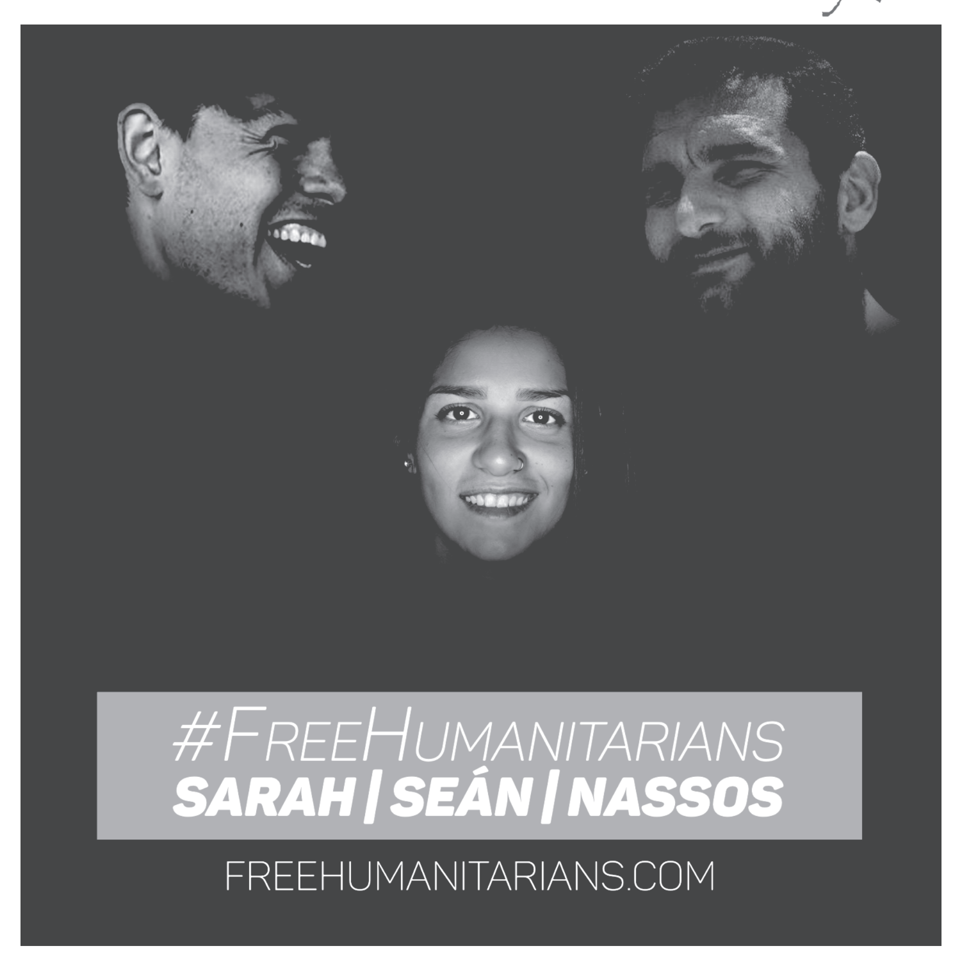
Natürlich darf man nicht vergessen, dass auch die Rechten noch immer gegen eine offene Gesellschaft mobilisieren. So finden noch immer regelmäßig Demos von Rechten mit mehr als 1000 Menschen in Chemnitz statt und auch Pegida schafft es noch regelmäßig mehr als 2000 Menschen zusammen zu bringen. Und auch die AfD feiert weiter Wahlerfolge.

Aber das Potential für neue linke Bewegungen, die vielfältiger sind als viele für möglich gehalten hätten, ist so hoch wie lange nicht mehr.
Nutzen wir diese Chance, um eine freiere, fairere, linke Gesellschaft zu schaffen, bevor der ökologische Klimawandel so weit fortgeschritten ist, das wir keine Zeit mehr dazu haben.

Seenotrettung ist kein Verbrechen

jes Ein Beispiel für das Engagement von Menschen für eine bessere Welt sind die drei Flüchtlingshelfer Sean Binder, Athanasios Karakitsos (bekannt als Nassos) und Sarah Mardini, welche auf Lesbos Menschen vor dem Ertrinken gerettet haben. Gleichzeitig sind die drei ein trauriges Beispiel für die rechten Strukturen in Teilen der Justiz und Politik. Denn statt die drei Menschen auszuzeichen, hat man sie in Griechenland verhaftet. Sie sollen für angebliches Schleusen von Menschen bis zu 20 Jahre lang eingesperrt werden.

Schon der Vorwurf ist, unabhängig ob er juristisch wahr ist, politisch betrachtet eine Katastrophe. Noch vor 30 Jahren nannte man Menschen, die Anderen geholfen haben, illegal über die Grenzen nach Westdeutschland zu kommen, aus gutem Grund Helden. So sehr haben sich die Einstellungen an der Spitze der Justiz und Politik geändert.



Die Räumung

Jean Trauerweide Ich hatte schon viele Jobs in meinem Leben. So war ich Glaubensbeauftragter der Katholischen Kirche - ein Job ohne Zukunft, aber mit Messwein, Teilchenbeschleuniger für die Drogenmafia - ein Job, der nicht mal eine Gegenwart hatte, aber mit Drogen und Geschichtsforscher für Gerechtigkeit - ein Job ohne Vergangenheit, wo ich mir auch noch den Schnaps selbst besorgen musste, um den Schwachsinn zu verkraften, der mal als gerecht angesehen worden war. Weil ich aber auch einen Job haben wollte, der mich auch im Alter satt und high machen sollte, ging ich in den Staatsdienst. Dort hatte ich mich schnell bei ein paar Runden Bier mit ein paar wichtigen Kollegen angefreundet und wurde kurzerhand zum Einsatzleiter einer kleinen Truppe verwegener Polizisten befördert, welche immer dann gerufen wurden, wenn die normalen Polizisten überfordert waren.

Die ersten Wochen in dem Job waren auch noch ruhig mit Routineeinsätzen, aber wie erwartet änderte sich das. An einem Sonntag wurde ich extrem früh, noch mitten in der Nacht angerufen, um irgendetwas zu räumen, das sich nicht räumen lassen wollte. Da ich gerade erst nach einer netten Saufrunde mit SEKlern ins Bett gestolpert war, gönnte ich mir erst mal einen Muntermacher und stand dann fast wieder nüchtern auf.

Ich rief meine Männer zusammen ließ mir per App die Adresse auf mein Smartphone anzeigen, packte die gesamte Ausrüstung meiner Einheit ein und machte mich auf den Weg. Es dauerte nur ein paar Minuten und wir waren vor Ort. Das Szenario war wirklich krass. Scheinbar hatten über 100 Menschen einen kleinen Wald besetzt und hatten nicht vor rauszukommen. Grässliche Musik schallte viel zu laut aus dem Wald und ein großes Transparent hing an einigen Bäumen am Rand, aber ich war Profi genug es gar nicht weiter zu beachten. Wenn man verstand, um was es ging, bestand immer die Gefahr, dass man sich für die Argumente der Chaoten öffnete. Daher hatte ich auch meinen Männern eingetrichtert alle Informationen zu ignorieren. Nur das ermöglicht effektive Einsätze.

Ich sprang als Erster aus dem Wagen und ließ meine Männer antreten. Danach nahm ich mein Megaphon und brüllte in den Wald hinein: „Sie befinden sich widerrechtlich in diesem Wald, wenn Sie ihn nicht verlassen, werden wir unmittelbaren Zwang anwenden, um ihn zu räumen. Dies ist die erste Aufforderung.“ Leider schien die Anlage der BesetzerInnen stärker zu sein als mein altes Megaphon. Meine Dienstanweisung, es immer erst mit Psychologie zu versuchen, war zum Scheitern verurteilt. Wenn sie mich

nicht hören konnten, würde ich sie so nicht überzeugen aus dem Wald zu kommen.

Ich hatte sogar das Gefühl, als ob die Musik aus dem Wald noch lauter geworden war. Auf jeden Fall ignorierte man meine Anweisung komplett und die schlechte Musik aus dem Wald ließ meinen Kopf dröhnen bis an meine persönliche Schmerzgrenze. Ich nahm mein Megaphon wieder in die Hand und brüllte so laut wie möglich: „Und das sind Aufforderung zwei und drei."

„Wie bitte?", schallte es aus dem Wald zurück. Aber auf so einen Trick fiel ich nicht rein, ich griff mir ein Gasgewehr, legte eine Tränengaskartusche ein und schoss auf den Wald. Leider hatte ich die Struktur von Wäldern nicht bedacht. Die Kartusche fiel auf die Bäume und rollte das Blätterdach hinunter, direkt auf meine Truppe zu. Eine Viertelstunde später konnten meine Männer wieder stehen. Die Besetzer*innen lachten, als ob sie sich köstlich amüsieren würden. Was mich aber am meisten ärgerte war, dass es sich anhörte, dass sie noch nicht einmal über uns lachten, sondern nur über ihre eigenen Witze.

„OK, dann eben auf die harte Tour", entschied ich und ließ meine Männer ihre Knüppel rausholen. „Holt sie da raus, Knüppel frei", rief ich und meine Männer stürmten auf den Wald zu. Das war nicht ganz nach Handbuch, aber ich war zu erfahren, um mich auf ein Handbuch zu verlassen. Höchstens das Kapitel 2: „Kunden Sie das Terrain bei einer Räumung so weit wie möglich aus." oder auch das Kapitel 27: „Leuchten Sie die Einsatzstelle bestmöglich aus", machten vielleicht Sinn. Zumindest wären, wenn ich eins der beiden Kapitel beachtet hätte, meine Männer nicht alle in den Wassergraben vor dem Wald gefallen. So waren sie allerdings erstmal nicht mehr in der Lage den Einsatz fortzusetzen.

Da meine Männer aber jetzt so nass waren, dass sie unmöglich Feuer fangen konnten, kam mir der erlösende Einfall: Brandmunition. Es mag sein, dass irgendein Gericht das Ganze nicht mehr als verhältnismäßig ansehen würde, aber so besoffen wie ich war, würde ich sicher mildernde Umstände bekommen. Und danach einen Posten in dem Aufsichtsrat des Unternehmens, für das wir den Wald räumen sollten. Ich entlud also meine Pistole, nahm Brandmunition aus der unnötig gut gegen Funken gesicherten Kiste und lud ein Magazin in meine Pistole. Ich erinnerte mich gerade noch daran, dass meine Erfahrung mit Schießen nicht die beste war und entschied mich erstmal für einen Probeschuss. Dazu opferte ich meine angefangene Schnapsflasche, warf sie in die Luft und versuchte sie zu treffen. Und der 16te Schuss traf die Flasche sogar. Der 15te traf leider vorher meine Alkoholvorräte, die ich in meinem Auto gelagert hatte. Zum Glück war das nicht so schlimm. Meine Einheit brauchte immer mal wieder neue Autos. Ärgerlicher war, dass die 11te oder 10te Kugel die jetzt offene Kiste mit Brandmunition getroffen hatte, diese unverständlicherweise explodiert war und jetzt meine ganze Truppe neue Autos brauchte. Aber das würden wir einfach den Chaoten im Wald anlasten. Wie immer. Wirklich ärgerte ich mich nur darüber, dass ich keinen Schuss mehr für den Wald übrig hatte.

Ich überlegte meine Optionen und sah, dass ich noch eine Option hatte. Da alle andere Ausrüstung in Flammen stand, blieb mir nur noch der Polizeipanzer. Es war ein neues Geschenk für meine Einheit, weil wir vor ein paar Tagen ein paar Drogenhändler dingfest gemacht hatten. Der Einsatz damals verschaffte meiner Einheit viel Prestige und mir ein paar Drogen. Und außerdem einen nagelneuen Polizeipanzer, der fast alles konnte und - das war am besten - unbrennbar war. Ich stieg daher in den Panzer und raste neben dem Wassergraben einfach direkt auf den Wald zu. Da ich Angst vor Gegenwehr hatte, zündete ich schon kurz vor den ersten Bäumen die Tränengaswerfer. Leider kannte ich mich noch nicht gut genug aus und erwischte den Nebelwerfer, der mir die Sicht, aber nicht die Motivation, nahm. Blind fuhr ich bis in die Mitte des Waldes, genau neben die Musikanlage. Während die Besetzer*Innen um mich herum langsam unsicher wurden, fand ich sogar noch den richtigen Knopf und setzte Tränengaswerfer ein, bis mir die Munition ausging. Und dieses Mal lief es genau wie geplant. Die BesetzerInnen rannten so schnell aus dem Wald, dass ich auch ohne Nebel kaum hinterherschauen konnte.

Warum ich jetzt noch immer Geschichten schreibe, statt meine Pension zu genießen? Zum Einen hat das mit dem In-die-Schuhe-schieben dann doch nicht geklappt und ich muss der Polizei ein halbes Dutzend Einsatzwagen bezahlen. Etwas ärgerlicher war, dass ich gar keinen Wald, sondern ein Haus räumen sollte. Besonders ärgerlich aber war, dass die blöde App mir die Adresse des Anrufers mitgeteilt hat, statt die Adresse meines Einsatzes. Immerhin, das Waldfest der Polizeiführung von diesem Jahr wird garantiert niemand mehr vergessen.

*Der Autor hat eine Menge Kurzgeschichten und mehrere Bücher verfasst. Das meiste davon sind Originalausgaben, die bislang nur einem exklusiven Kreis von Freund*innen zugänglich sind. Im grünen blatt dürfen wir die eine oder andere der aus dem Politleben des Schreibers gegriffenen und oft witzig überzogenen Geschichten abdrucken, von denen Jean Trauerweide in einer Inhaltsangabe sagt: "Manche dieser Geschichten sind politisch korrekt. Oder überhaupt politisch. Dies ist keine ernsthafte Literatur." Und: "Sämtliche Rechtschreibfehler stammen aus Freilandhaltung und sind antiautoritär erzogen worden."*

Termine & Veranstaltungen

5. Januar 2019 in Radolfzell:
Workshop bei den Naturschutztagen am Bodensee: Umweltschutz ist Heimatschutz – die extreme Rechte und die Ökologie
http://www.farn.de

19. Januar 2019 in Berlin:
Wir haben es satt!-Demonstration
https://www.wir-haben-es-satt.de

26. April 2019 in Linz (A):
Nuclear Energy Conference 2019



ISSN 1612-2186